

Solidarische Ökonomie existiert schon *Clarita Müller-Plantenberg*

Solidarische Ökonomie existiert schon, das macht Mut. Sie knüpft an an die Gemeinschaftstraditionen, die wir haben in Bezug auf gemeinsames Wohnen, Essen, Produzieren, Konsumieren etc.. Sie ist nach vorn gewandt und hat den Anspruch eines politischen Projektes, das über die Solidarität innerhalb eines Unternehmens hinaus, die Solidarität mit dem Gemeinwohl sucht und daher lokale Ökonomien, Netze, Ketten anstrebt und darauf hinwirkt, dass ein regelmäßiger Austausch zwischen den Solidarischen Wirtschaftsunternehmen, den Einrichtungen zur Unterstützung, Beratung und Förderung und staatlichen Vertretern (kommunal, regional) in Foren stattfindet.

Um uns an der existierenden selbstverwalteten Solidarischen Ökonomie orientieren zu können wird im Folgenden ein Überblick darüber gegeben, wie sie bereits in Europa und Lateinamerika existieren.

Abschließend geht es um die Frage wie die Solidarische Ökonomie Platz greifen kann? Hier nennen wir nur kurz einige Methoden, Aktionen und Vereinbarungen, wie die Inkubation über eine befreiende Bildung, über Multiplikatoren und Bündnisse die auch grenzübergreifend bahnbrechend sein können und bereits sind.

Europa der Regionen – Räume der Veränderung? ¹

1. Fremdbestimmung – mögliche Alternativen?

In der Zeit des Nationalsozialismus gab es in allen europäischen Ländern Gruppen, die sich im Widerstand zur herrschenden Doktrin befanden, sich den menschenverachtenden Systemen entgegenstellten und damit die Saat für Alternativen säten.

Nach dem Krieg äußerte der Ökonom, Eugen Kogon, der die Konzentrationslager überlebt hatte, in seinem 1947 publizierten Buch „Die unvollendete Erneuerung“, es gehe um einen „Sozialismus der Freiheit“ und der setze voraus, dass

„...die privatwirtschaftliche Struktur aufgehoben werden (sollte)“, die den Aufstieg des Nationalsozialismus und die Mitfinanzierung der NSDAP durch die Industrie ermöglichte.“

Für Kogon kam es darauf an,

„den Prozess der Selbstbesinnung einzuleiten, den die Welt – an aller erster Stelle Deutschland – dringend von Nöten hat“(1946).

Die Suche nach Werten, die unser Leben in solidarische, selbstbestimmte humane Bahnen lenken, ist heute gleichermaßen aktuell wie in der Zeit des zweiten Weltkrieges. Wir erleben eine Polarisierung der Gesellschaften, Prekarisierung der Arbeit und Marginalisierung der Menschen mit ihren psychosozialen Folgen. Diese Situation wird verschärft durch eine Zerstörung der Natur mit ihren gesundheitsbedrohenden Folgen – als Resultat unserer Produktions- und Lebensweise². Es drohen wachsende Risiken und Abhängigkeiten in Europa. Auch heute wenden sich immer mehr Menschen von einer „absurden Weltordnung“ ab, die „ohne Notwendigkeit tötet“, wie es Jean Ziegler auf

¹ Erschienen in: C. Müller-Plantenberg und J. Perels (Hrsg.): Kritik eines technokratischen Europa, Entwicklungsperspektiven Nr.91/92, Kassel University Press, Kassel 2009

² Von Produktion, Konsum und Mobilität

--
 dem G8 Gegengipfel in Heiligendamm zusammenfasste (2007). Dabei bezog er sich zunächst auf den Welternährungsbericht:

„Jeden Tag sterben auf diesem Planeten 100.000 Menschen an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. Letztes Jahr ist... alle fünf Sekunden ein Kind unter sieben Jahren verhungert. 854 Millionen Menschen sind permanent schwerstens unterernährt. Das entspricht einem von sechs Menschen auf diesem Planeten. ... (dabei könnte) die Weltlandwirtschaft in der heutigen Entwicklungsphase ohne Probleme zwölf Milliarden Menschen mit 2700 Kalorien pro Erwachsenem pro Tag ernähren.“

Der Prozess der Konzentration der Macht steht dem Prozess der Konzentration des Elends gegenüber. In nur einer Generation hat sich das Verhältnis der 20 Prozent Reichsten zu den 20 Prozent Ärmsten auf der Erde am Ende des vergangenen Jahrhunderts von 1965 bis 1990 von 1:30 auf 1:80 schärfstens polarisiert (UNEP, GEO 2000).³ Wachstum und exponentieller Naturverbrauch, zum Teil irreversible Naturzerstörung, sind Charakteristika dieses Prozesses.

Während sich das Weltbruttosozialprodukt mehr als verdoppelt (1992-2002) und der Welthandel verdreifacht hat und die fünfhundert mächtigsten transkontinentalen Privatkonzerne 2006 52 Prozent des weltweiten Bruttosozialproduktes kontrollierten, leben inzwischen über 40 Prozent der Menschheit unter der Armutsgrenze (Weltbankstatistik 2006).

Die räumliche Auswirkung dieses durch „Strukturelle Gewalt“ gekennzeichneten Prozesses ist die Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht im Nord-Süd-Verhältnis.

Alternativen im Nord-Süd-Verhältnis

Dazu gibt es eine Alternative. Schritte in Richtung auf soziale Gerechtigkeit sind möglich. Im Nord-Süd-Verhältnis dominieren die reichen Länder auf dem Weltmarkt auf Grund von Exportsubventionen z.B. mit billigen Nahrungsmittelangeboten, mit denen die kleinen Produzenten vor Ort nicht konkurrieren können.⁴ Demgegenüber ist es möglich, dass zwei der grundlegendsten gemeinsamen Forderungen, die von den sozialen Bewegungen weltweit zum Schutz der Menschenrechte erhoben werden, Folge geleistet wird⁵

- So kann zum Beispiel unsere Regierung regionale Förderpläne für die Übergangszeit entwickeln, die die lokale Nachfrage der lokal produzierten ökologischen Nahrungsmittel durch eine Bevorzugung der Umstellung auf ökologische Landwirtschaft und ihre selbstverwaltete Vermarktung garantieren, wie dies in einigen Regionen bereits geschieht und dann im Ministerpräsidentenrat in Brüssel⁶ und im Landwirtschaftsrat der EU⁷ verlangen, dass die Exportsubventionen ersatzlos gestrichen werden.
- Außerdem kann die Auslandsschuld verringert bzw. gestrichen werden, die die 49

³ Heute leben von den 6,2 Milliarden Menschen, die wir heute auf dem Planeten sind, 2,7 Milliarden Menschen (40%) unter der extremen Armutslinie (Weltbankstatistik).

⁴ Die Industriestaaten zahlten allein 2006 349 Mrd. \$ Produktions- und Exportsubventionen.

⁵ So Jean Ziegler in seiner Heiligendammer Rede die weiter oben bereits zitiert wurde

⁶ Die Bundeskanzlerin

⁷ Der Landwirtschaftsminister der BRD

ärmsten Länder der Welt vor allem stranguliert und am 31. Dezember 2006 2100 Milliarden Dollar betrug. Aber der deutsche Finanzminister kann im Gouverneursrat des Weltwährungsfonds (IMF) bei der nächsten Generalversammlung im Dezember für die hungernden Kinder in Honduras, in Bangladesch, in der Mongolei und gegen die Interessen der Gläubigerbanken in Europa und Nordamerika stimmen.⁸

Solange keine Lösung dieser durch „strukturelle Gewalt“ herbeigeführten sozialen Not herbeigeführt wird, wird der Schutz der Menschenrechte nicht gewahrt, der besagt:

„dass alle Menschen gleich und frei an Würde und Rechten geboren sind und sich einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen sollen.“⁹ Denn „jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit seiner Person“¹⁰.

Dies ist noch nicht geschehen. Den Forderungen der Einhaltung der Menschenrechte wurde nicht entsprochen. Diese Werte werden nicht in die Realität umgesetzt. Grundlegende humane Werte werden verletzt und dieses wird nicht geahndet. In Bezug hierauf herrscht eine unerträgliche Straflosigkeit.

Nicht nur im Nord-Süd-Verhältnis sondern auch innerhalb der Kontinente und Länder gibt es inzwischen für uns alle spürbare **räumliche Auswirkungen** dieses – durch „strukturelle Gewalt“ gekennzeichneten – Prozesses der Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht. Wir erleben „das demographische Problem: die Entleerung von ganzen Regionen, sprich die soziale und kulturelle Entwurzelung gleichzeitig mit der Ausweitung von Ballungs-Räumen und rasant wachsenden Megacities.

Alternativen in Europa – aber kein Rezept

Hierzu gibt es Alternativen in Europa, jedoch kein Rezept. Grundlegende Werte der Menschenrechtscharta, Wahrung der Natur und sozialer Gerechtigkeit sind Prinzipien, die in einigen Regionen prägend wurden. Das geschah in ganz unterschiedlichen Räumen und zu ganz unterschiedlichen Zeitpunkten oft erst nach lang andauernden gesellschaftlichen Organisations- und Lernprozessen in den dortigen selbst bestimmten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen.

Ein anderes Europa ist vielfältig entstanden? Heute werden oftmals an seinen Rändern, in entlegenen oder aus verschiedenen Gründen schwerer kurzfristig profitabel zu bewirtschaftenden Regionen, selbstverwaltete Ökonomien immer dann aufgebaut, wenn die Bürger sich auf ihre eigenen Kräfte besonnen haben und begannen, Solidarität untereinander zu praktizieren. In einigen Regionen nutzten die gesellschaftlichen Gruppen das Potential für den selbstbestimmten Aufbau einer lokalen gemeinschaftlichen Alternative vor Ort, die sich in eine übergreifende Alternative einbringen konnte. Das bedeutet einen Prozess der Kommunikation und Organisation. Nun mussten die Bürger in geringerem Maße fürchten, erneut in Abhängigkeit zu geraten. Es gibt Regionen, deren Bürger sich als demokratische und selbstbestimmte Staatsbürger sehen, die ge-

⁸ Das Gewicht der Mitgliedsländer im Gouverneursrat des Weltwährungsfonds hängt von ihrer Finanzmacht ab. Daher ist das Gewicht der Bundesrepublik als drittstärkster Wirtschaftsmacht des Planeten und des deutschen Finanzministers sehr groß.

⁹ Vgl. Dies war das Ziel der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und von der Erklärung „Menschenrechte“ von 1789. Es wurde in der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen aufgenommen, deren Artikel 1.

¹⁰ Artikel 3 der UN Deklaration für Menschenrechte.

--

meinsam ihre Interessen und Konzepte in eine von ihnen bestimmte lokale, regionale, nationale und europäische Ordnung einbringen wollen bzw. anderen europäischen Regionen auf diese Weise als Vorbild Unterstützer, Berater und Förderer dienen können.

Was waren die Wurzeln dieser selbst bestimmten Optionen von regionalen Initiativen und Gesellschaften für die Solidarität und Selbstverwaltung ihrer Zukunft? Was ermöglichte ihre Organisations- und Lernprozesse? Welche politischen Rahmenbedingungen konnten sie aufbauen bzw. einfordern? Der Blick auf selbstbestimmte Regionen Europas, die von den Staatsbürgern der verschiedenen Länder aufgebaut werden, lohnt sich. Die Lehren der sozialen Bewegungen und die durch sie geschaffenen politischen Rahmenbedingungen sind ein Lehrstück für eine selbstbestimmte Entwicklung, die im Folgenden nur im Hinblick auf ihre historischen Entstehungsbedingungen, ihre Abkehr von Fremdbestimmung und ihr Bestehen auf eigene, gemeinsame Wertvorstellungen und Organisationsformen skizziert werden, die Räume für Veränderung und Potentiale für ein gerechtes nachhaltiges Europa darstellen.

2. Aufbau von Selbstbestimmung – Europa der Regionen

a. Lombardei – Emilia Romana – Calabrien ...

In Italien sind die Genossenschaften in die Gesamtwirtschaft integriert. Ihre Wurzeln sind bereits Ende des 19. Jahrhunderts zu finden, als die Arbeiter sich auf den großen Land-Besitzen organisierten und begannen, sich Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen zu schaffen. Drei große Genossenschaftsföderationen entwickelten sich, eine sozialistische, eine christliche und eine liberale. Die erste und bis heute größte von ihnen ist die 1886 gegründete LEGACOOOP. Erwerbs- und Gewerbeinteressen der erwerbslos werdenden Landarbeiter wurden durch sie gefördert. Die in Italien später als in England und Preußen einsetzende Industrialisierung wurde von ihren kleinen und mittleren selbstverwalteten Unternehmen geprägt.

Nach dem ersten Weltkrieg versuchte die Mitte-Links-Regierung unter dem Liberalen Giolitti die Katholiken und Sozialisten zu integrieren und schuf unter dem Schlagwort „mutualita“¹¹ eine genossenschaftsfreundliche Gesetzgebung.

Nach dem zweiten Weltkrieg gab es auf Grund der traditionsreichen Genossenschaftskultur und der Zusammenarbeit im Widerstand gegen die Faschisten einen gesellschaftlichen Konsens, der es ermöglichte, die Unterstützung von Genossenschaften in der Verfassung festzuschreiben. So heißt es im Artikel 45

„Die Republik anerkennt die gesellschaftliche Funktion der Genossenschaft mit Selbsthilfecharakter und ohne die Zielsetzung des privaten Gewinnstrebens. Das Gesetz fördert sie und begünstigt ihr Wachstum mit den dafür geeigneten Mitteln und garantiert ihren Charakter und ihre Zielsetzungen durch entsprechende Kontrollen.“

Von 1970 bis 1990 verdreifachte sich die Anzahl der Genossenschaften von knapp 48 000 auf über 159 000. Zunehmend verlagerte sich das Gewicht der Genossenschaftsbildung vom italienischen Norden nach Mittelitalien, Süditalien, Sizilien sowie Sardinien.¹²

¹¹ Gegenseitigkeit

¹² Norden 1980 23% der Genossenschaften 1992 28%; Mittelitalien 1980 37% 1992 25,4%; Süditalien 1980 23% 1992 28% und Sizilien und Sardinien 1980 14% 1992 18%

--

Ihre soziale und wirtschaftliche Konsolidierung beruhte einerseits auf dem Zusammenschluss der einzelnen Genossenschaften nicht in Holdings oder Verbänden sondern in Konsortien, d.h. in Wirtschaftsunternehmen, die in Selbstverwaltung und in Kooperation miteinander arbeiten.¹³ Andererseits beruhte sie auf der Organisation von finanzieller Hilfe, qualifizierender Beratung und dezentral angelegten Unternehmenskonzepten, die in der Lage waren, schnell über ihre Kooperation Kapital zu mobilisieren. (Europäische Kommission 1989, 2933).

Dies erklärt auch, weshalb das Interesse des italienischen Staates an Genossenschaften heute hauptsächlich von ihren qualitativen regionalen Entwicklungspotentialen für eine Strukturpolitik, die der Polarisierung der Regionen entgegenwirkt, herrührt. Geringe Arbeitslosigkeit in den Regionen mit starker Genossenschaftsentwicklung wie der Lombardei und vor allem der Emilia Romagna bedeuteten zudem Entlastung staatlicher Leistungen.¹⁴

Beschäftigung und Mitgliedschaft in Genossenschaften ist besonders stark im Wohnungsbau, im mittelständischen Gewerbe- und Dienstleistungsbereich, dem Einzelhandel und in der Landwirtschaft. 1992 entstand der Nationale Verband der Landwirtschafts- und Agro-Food-Genossenschaften durch den Zusammenschluss von vier in den 1960er Jahren gegründeten Sektorverbänden (Milch, Wein, Obst, Gemüse und Blumen sowie Landbau) mit dem Ziel einer besseren und stärkeren Vertretung der Erzeuger. Er unterstützt die Mitglieder gegenüber den Behörden, u.a. gegenüber den Organisationen des Sektors sowie den europäischen Institutionen. Insbesondere die CONFCOOP fördert auch im Süden die Gründung vor allem von Agrargenossenschaften.

Mit Einsetzen einer neoliberalen Wirtschaftspolitik im Europa der 80er Jahre häuften sich die Insolvenzen. Wie andernorts drohte Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit. Mit ihrer gesammelten Kraft erreichte die Arbeiterbewegung –vertreten durch die Gewerkschaften und Genossenschaften Mitte der 80er Jahre eine staatliche Förderung von Betriebsübernahmen und Genossenschaftsgründungen. Das nach dem Minister Marcora benannte Gesetz von 1985 sah vor, Beratung und Hilfestellung für die Erhaltung, Sanierung und Neugründung von kleinen und mittleren Betrieben mit kooperativer Betriebsverfassung über einen Fond, „Fond-

¹³ Jonny Dotti, im Jahr 2005 Präsident des Konsortiums Gino Mattarelli (CGM), das zur CONFCOOP gehört, erläutert, uns in Brescia am 15.5.05 „CGM hat inzwischen mehr Beschäftigte vereinigt, wenn man sie alle zusammen sieht als Fiat, was einer der größten Betriebe überhaupt ist und im Moment über 1 Milliarde Euro Umsatz. Die Wachstumsrate ist im Moment 12% im Jahr. Sie steigt ständig, und die Menschen, die von den Dienstleistungen von Pflege über Kinder, Alte, Familiendienste usw., also alles was der soziale Bereich ist, sind um die 800 000 Menschen, also allein jetzt die mit CGM zu tun haben.“ Und wenn man dazu nimmt, das die Sozialgenossenschaften eine Eigenorganisation der Dienste sind, die zuvor oftmals vom Staat ausgeführt worden, dann ist auch deutlich, dass diese Dienstleistungen jetzt mehr auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnitten sein können, also eine höhere Qualität besitzen. Die Kooperation der Genossenschaften des Nordens gelten oft den Genossenschaften im Süden Italiens. Vincenzo Linarello aus Kalabrien, ebenfalls Mitglied des Vorstandes von CGM berichtet in derselben Versammlung mit Jonny Dotti dass sie angesichts fehlender Sozialer Dienste Initiativen entwickeln, z.B. Sozialpläne, die dann den Gemeinden bekannt gemacht und von ihnen unterschrieben würden, wodurch sich wiederum weitere Personen zur Genossenschaftsarbeit verpflichtet hätten. Vor allem aber gäben die Patenschaften mit Genossenschaften in anderen Regionen ihnen Rückhalt angesichts der Einschüchterung durch die Mafia. Nur durch praktische Aktionen von unmittelbarem Wert für die Verbesserung der Lebenssituation könne man Vertrauen schaffen.

¹⁴ In der Emilia Romagna arbeitete etwa die Hälfte der erwerbstätigen Menschen Mitte der 80er Jahre in Genossenschaften aller Branchen.

cooper“, zur Förderung von Genossenschaftsgründungen und Betriebsübernahmen zur Verfügung zu stellen.¹⁵

1986 wurde dann die Compagnia Finanziaria Industriale (CFI)¹⁶, von Ökonomen und Juristen gegründet, die gemäß den Interessen und im Auftrag von den Gewerkschaften und Genossenschaftsföderationen eine Förderung und Begleitung der Belegschaften von insolventen Betrieben durchführen. Dieses ist eine autonome selbstverwaltete Einrichtung von Professionellen, die die Belegschaften mit dem Ziel berät, insolvente Betriebe zu konkurrenzfähigen Gemeinschaftsbetrieben zu konsolidieren durch:

- die Verbesserung der Produktivität und Erhöhung ihrer Arbeitsplätze,
- durch Produktmittelmodernisierung und –erweiterung sowie
- die Verbesserung von Marketing, Verwaltung und Produktqualität
- die Restrukturierung oder den Austausch der vorhandenen technischen Ausrüstung incl. für Produktalternativen sowie durch
- das Hinzuziehen von Technikern und Verwaltungsexperten etc.

Heute nach eine Reformulierung des Gesetzes 2001 ist zwar der Anteil des Kapitals, der so den Einlagen der Arbeiter beigesteuert wird, kleiner aber die Kompetenzen der CFI haben sich insofern erweitert als sie auch Belegschaften von Betrieben, die in Gefahr stehen insolvent zu werden und jene, die keine Unternehmens-Nachfolger haben, beraten. Die Beratung und Investition findet für einen begrenzten Zeitraum von 5-10 Jahren statt.

Die durch den Staat gesetzten politischen Rahmenbedingungen erscheinen wie ein „Eldorado für genossenschaftliche Betriebe“ (D. Haensch, 1997). Neben dem Marcora Gesetz von 1985 und 2001, gibt es zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit seit 1977 ein spezielles Gesetz zur Förderung von Jugendgenossenschaften und 1991 wurde das Gesetz zur Regelung der Sozialen Genossenschaften mit dem Zweck erlassen „zum Wohl der Allgemeinheit und Gemeinschaft tätig zu sein und die soziale Integration zu fördern“¹⁷, das zwei Typen vorsieht:

- *Typ A bis zu 50% der Mitarbeiter/innen dürfen Freiwillige sein, die keinen Lohn beziehen aber gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten versichert sind. Viele dieser Genossenschaften haben die Patienten aufgenommen, als sich die Psychiatrien öffneten. Hier geht es um sozialgesundheitliche Dienste mit einer neuen Selbstverwalteten, gesellschaftlichen Bedürfnissen angepaßteren Qualität*
- *Typ B mindestens 30% müssen Personen mit Schwierigkeiten sein (Behinderungen, Haftentlassene, etc.). Hier geht es um verschiedene Tätigkeiten zur Arbeitseingliederung sozialschwacher Personen. „Die Mission der Genossenschaft des Typs B ist die Beschäftigung mit Personen, die Schwierigkeiten mit dem Zugang zur Arbeitswelt haben. Somit werden Prozesse favorisiert, die eine Transformation staatlicher Fürsorge (oftmals sind Personen abhängig von sozialen Dienstleistungen*

¹⁵ Er startete mit einem Kapital von 90 Milliarden Lire.

¹⁶ CFI wurde umbenannt ...

¹⁷ Paolo Galeotti, Stefania Checchelani: Das Konsortium SOL.CO Mantua, in: C. Müller-Plantenberg (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Europa, Betriebe und regionale Entwicklung, Kassel 2007, S.94

der öffentlichen Einrichtungen) in eine stabile Arbeitssituation (die gleichfalls Autonomie und Selbstwertgefühl bedeutet) einleiten.“(P.Galeotti, S.Checchelani, 2007).

Doch diese staatliche Unterstützung muss gleichzeitig auf dem Hintergrund des staatlichen Rückzugs aus vielen sozialen Aufgaben gesehen werden. Eine sehr schnell wachsende Anzahl von Sozialgenossenschaften versuchte also, die Dienstleistungen, u.a. die Gesundheitspflege etc. selbstbestimmt und selbstverwaltet stärker gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechend durchzuführen, ohne jedoch den Staat aus der Verantwortung der Finanzierung zu entlassen.¹⁸

Diese Entwicklung ist nicht reibungslos. Sie hängt oftmals auch von der guten Kooperation starker Genossenschaftskonsortien und Zusammenschlüsse mit den kommunalen Verwaltungen ab. Die „Anwälte der Inklusion“¹⁹ von Marginalisierten zu gerechten Bedingungen“ sind oftmals so stark in der Stadt- oder Regionalverwaltung vertreten, dass sie beginnen, an der lokalen und regionalen Planung mitzuwirken. Viele Fragen sind noch ungelöst und werden in diesem Prozess diskutiert. So leidet die Selbstverwaltung mitunter darunter, wenn Unternehmen zu schnell wachsen und zu groß werden. Außerdem kam es auch schon zu schweren Korruptionsfällen.

Jedoch die regionalen Gesellschaften in den Regionen mit hohem Genossenschafts-Anteil weisen einen hohen Beschäftigungsgrad und einen intensiven Zusammenhalt auf, wobei sich die regionale Kultur als bindende Kraft weiterentwickelt und die Abwanderung zugunsten des Erhalts lokaler Ökonomien und ihrer Infra-Strukturen stoppt.

Selbstverwaltung und *Inklusion* sind Werte, die die Entwicklung von *Lernprozessen* und *demokratischer Entwicklung* begünstigt haben. Sie wurden von den Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegungen über Parteigrenzen hinweg eingefordert und erreichten so vergleichsweise günstige politische Rahmenbedingungen, die hierzulande als Lehrstück gelten können.

b. Mondragon

Im spanischen Genossenschaftskonsortium Mondragon im Baskenland haben nicht nur die Arbeiterkinder selbst verwaltete Betriebe gegründet, sondern sie stellen ein hohes Wirtschafts- und Ausbildungspotential dar.

Anfang der 40er Jahre des letzten Jahrhunderts wurde der junge republikanische Jesuitenpriester José María Arismendiarieta nach Mondragon – auf baskisch Arrasate – in die baskischen Provinz Guipúzcoa (50 km von Bilbao entfernt) versetzt. Diese Region ist eine Wiege des Handwerks (Schiffsbau, Eisenerzabbau und Waffenproduktion etc.) und besitzt eine Tradition autonomer Verwaltung insofern als die Familienoberhäupter – nach einem erfolgreichen Gesuch an den König im 15. Jahrhundert – die Provinzverwaltung selbst wählen konnten. Sie bildeten früh Berufsgenossenschaften sowie Zusammenschlüsse für gegenseitige Hilfe auf dem Lande, um Gleichheit und Demokratie aufrecht zu erhalten und soziale Unterschiede zu minimieren. Über die Hälfte der Bevölkerung dieser Provinz spricht Euskera, während nur ein Viertel der übrigen Basken noch ihre Sprache sprechen. Diese Besonderheit besaß eine besondere Bedeutung, da unter Franco die Kultur im Baskenland unterdrückt, soziale Organisationen

¹⁸ Debatten mit Paulo Galeotti, Stefania Checchelani Sommerschule“ Solidarische Ökonomie in Europa – Betriebe und Regionale Entwicklung“, Imshausen 2006

¹⁹ Einbeziehung

im ganzen Land verboten und die geplanten Genossenschaftszusammenschlüsse interveniert wurden.

In Mondragon gibt es eine starke Arbeitertradition. Diese hatten keine Aufstiegsmöglichkeiten in der Region und waren damals von einem großen Unternehmen für Metallverarbeitung und –schmelze²⁰ abhängig geworden. Der Arbeiterpriester engagiert sich weniger bei den Predigten sondern vielmehr beim Aufbau von sozialen Einrichtungen, Ambulatorien und Sportplätzen. Er wurde als Berater zum Großunternehmen gerufen. Da viele Jugendliche arbeitslos waren, fragt er dort bei der Unión Cerrajera an, ob die Jugendlichen eine Ausbildung im Unternehmen erhalten könnten. Als dies verneint wird – die Ausbildung war nur für die Söhne der Betriebseigner - richtet er mit Hilfe der Bevölkerung eine Berufsschule ein.

Die ersten fünf Absolventen dieser Schule versuchen später, bei dem metallverarbeitenden Betrieb Cerrajera Anteile zu erwerben. Als dies nicht möglich war, gründen sie ein Unternehmen zur Herstellung von Gasherden und Heizungen in genossenschaftlicher Form. Später entsteht ein Netzwerk von Genossenschaften, die ihrerseits Ableger und kleine Konsortien bilden. Die folgenden Prinzipien werden auf dem Hintergrund der eigenständigen Kultur und Traditionen von Anfang an von ihnen als Leitsätze aufgestellt:

- *Solidarität mit den Basken, d.h. Anteil für ungelernete Arbeiter in genossenschaftlichen Betrieben unter vergleichbaren Bedingungen wie denen der entsprechenden Arbeit im privaten Sektor*
- *Interne Solidarität: d.h. Balance zwischen der Notwendigkeit, übertragende Arbeit zu entgelten und gleichzeitig die Einkommensunterschiede zu minimieren*
- *Offenheit in Bezug auf Entlohnung und Gehälter, d.h. Information über alle Einkommen ist öffentlich zugänglich*
- *Einkommensdifferenzen <1:3 Verhältnis zwischen Arbeitern und Management*
- *Nicht mehr als 10% Nichtmitglieder dürfen in einer Genossenschaft arbeiten*

Später wurden Modifikationen dieser Prinzipien eingeführt:

- *da <10% der Führungskräfte die Genossenschaft Mitte der 70er Jahre verließen, wurde umdisponiert. Die Manager erhielten ab dann 50% mehr als Basiseinkommen, d.h. bis 1987 betrug das Verhältnis der Einkommen von Arbeitern zu dem des Managements 1:4,5*
- *Wenn möglich wird die Produktion in Gruppenarbeit ausgeführt. Die Arbeitsgruppen kommen ohne hierarchische Struktur aus, sie bestimmen ihre Aufgabenteilung und Arbeitsabläufe selbst und sind für das Ergebnis ihrer Arbeit auch selbst verantwortlich.*
- *Inzwischen sind über die Hälfte der Arbeiter in den Unternehmen, die zum Genossenschaftskomplex Mondragon (MCC) gehören, keine Genossenschaftsmitglieder sondern einfach als Arbeiter angestellt.*

Das genossenschaftliche Leben und Arbeiten beruht auf der gemeinsamen Zugehörigkeit zu einer Reihe von unterstützenden Organisationen, die sich immer weiter differenzieren: der Genossenschaftsbank (Caja Laboral Popular), aus der ein Beratungs- und Forschungsinstitut für die Entwicklung weiterer Genossenschaften sowie die Sozi-

²⁰ Unión Cerrajera

--
 alversicherung (Lagun-Aro) hervorgehen, der Studentengenossenschaft (Alecop), der Agrargenossenschaft (Lana), der Konsumentengenossenschaft (Eroski) und Wohnungsbaugenossenschaften. Aus der Berufsschule entwickelt sich eine Universität.

Die Arbeiter machen Einlagen in ihre Genossenschaft und haben alle die Möglichkeit mitzuentcheiden, d.h. ein Mensch eine Stimme. Die Leitungsorgane werden gewählt und bestehen aus Arbeitern. Das Oberste Organ ist die Generalversammlung. Der Managementrat führt die Entscheidungen des Leitenden Rates aus. Der soziale Rat bringt die Meinungen der Belegschaft im Leitenden Rat ein und informiert über die Beschlüsse. Alle haben ihr Konto bei der Genossenschaftsbank (Caja Laboral), auf das Lohn, Zinsen und Gewinnanteile fließen. Kapital wird als ein Instrument zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Entwicklung der Region gesehen. Daher werden die Nettogewinne überwiegend in regionale Arbeitsplätze und Bildungseinrichtungen investiert.

- *Die Finanzierung der Genossenschaften geschieht über Beiträge und Beitrittsgebühren in einer Höhe, die vom leitenden Rat festgelegt und der von den Mitgliedern zugestimmt wird.*
- *Gewinnanteile werden nach gearbeiteten Stunden und Lohnhöhe bemessen. Bis 1965 werden sie teilweise bar ausgezahlt, im Prinzip gehen sie jährlich auf das Konto der einzelnen Mitglieder..*
- *Die Zinsen ihres Kontos werden zunächst halbjährlich in bar ausgezahlt. Später wird alles auf das Konto überwiesen.*
- *Mindestens 10% des Profits wird für Bildung, Kultur und Soziales zurückgelegt.*
- *Zusätzlich wird ein von dem leitenden Rat bestimmter Anteil in den Reservefond der Firma gezahlt (1959-69 35-52,6%)(1970 10-29%)(ab 1980 50%).*
- *Die Mitglieder-Beiträge und Beitrittsgebühren werden von der Genossenschaft für laufende Geschäfte genutzt*
- *Die Genossenschaft muss jedoch darauf achten, dass sie in der Lage ist, Mitglieder, die die Genossenschaft verlassen, auszuzahlen.*
- *Alles wird ausgezahlt, wenn der leitende Rat die Gründe für das Verlassen einsieht*
- *Wenn sie zur Konkurrenz gehen, werden 20% einbehalten*
- *Bei Erreichen der Altersgrenze können alle Gelder vom Konto genommen werden (dies ist keine Pension)*

Das Geheimnis des rasanten wirtschaftlichen Wachstums ist die Verschachtelung von Genossenschaften und ihren unterstützenden Finanz- und Bildungseinrichtungen. In den 80er Jahren kommt es dennoch zu einer Krise auf Grund der europäischen Einigung und den damit verbundenen wirtschaftlichen Umstellungen. Die Bank konnte die Krise jedoch überwinden helfen und de facto wurden keine Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos, sie wurden lediglich in andere Genossenschaften umgesetzt. Bis heute ist die Arbeitslosigkeit geringer als 2 %. Die inzwischen existierenden Gruppen von Konsortien bildeten nun das Kooperative Konsortium Mondragon (Mondragon Corporación Cooperativa, MCC), eine Dachorganisation, die die genossenschaftlichen Betriebe weiterhin besser vor den von außen kommenden Krisen schützen kann. Auch hierfür gibt es demokratische Organe. Der Genossenschaftskomplex beschäftigt inzwischen über 80 tausend Personen und besitzt Niederlassungen in vielen Ländern.

--

Da es sehr schwer ist, in einer Welt von rasant zunehmender Konzentration von Wirtschafts-Unternehmen mit kleinen Unternehmen bestehen zu können, ist der Zusammenschluss der Genossenschaften ein Weg. Hier war das Prinzip, niemanden auszuschließen, die Möglichkeit eine Teilnahme an Produktion, Dienstleistungen, Kommerzialisierung, Konsum, für alle zu schaffen ausschlaggebend. So wurde eine *Gemeinschaft entwickelt, einer Region zu ihrer endogenen Entwicklung verholfen*. Die enge Vernetzung der Betriebe hat die Kooperativen-Gemeinschaft *vor den sozialökonomischen Einwirkungen des sie umgebenden kapitalistischen Systems in gewissem Maße geschützt*.

Auch hier gibt es Schattenseiten. Das Verhältnis der höchsten zu den niedrigsten Einkommen hat sich erhöht, der Anteil der nicht Mitglieder übersteigt nicht nur die geplanten 10%, sondern zurzeit sogar die Hälfte der dort Arbeitenden. Aber die Debatte über den richtigen Weg ist immer wieder aufgebrochen und Veränderungen wurden immer wieder neu vollzogen.

c. Österreich: Mühlviertel, Waldviertel

Mit der verschärften Konkurrenz bei steigender Konzentration der Unternehmen gerieten die entlegenen grenznahen Viertel Österreichs in Gefahr, ihre Produktion nicht mehr absetzen und daher ihre Unternehmen und Bauernhöfe nicht mehr aufrecht erhalten zu können. Sie kämpften um ihre Existenz. Viele begannen, weite Pendelstrecken zurückzulegen. Die Jugend begann abzuwandern. Die Gemeinden waren stark verschuldet, die Gesundheitsversorgung war schlecht. Gemeinwesenarbeit und eigenständige Regionalentwicklung begann. Anton Rohrmosers Bericht von der Gemeinwesenarbeit im Mühlviertel (2005) ist die Grundlage der folgenden zusammenfassenden Analyse der wachsenden Anzahl selbst verwalteter Zusammenschlüsse.

In den 80er Jahren begann die katholische Kirche aktivierende Befragungen – nach der Methode Paulo Freires – in den Dörfern durchzuführen und später auch Initiativgruppen zu gründen und zu begleiten. Im Zuge der Analyse der eigenen Region mussten Informationen beschafft werden und trat der Strukturwandel so deutlich zu Tage.

Die österreichische Bergbauernvereinigung kritisiert, dass die herkömmliche Bauernpolitik von einem fiktiven „einheitlichen Interesse aller Bauern“ ausgeht. Sie haben den Eindruck, dass nicht ihre sondern die Interessen der damit verbundenen Wirtschaftskonzerne beachtet werden.

Weitere Barrieren bestehen in der Bildungspolitik, sie ist zu einseitig, d.h. nicht auf die besonderen Bedürfnisse wie Konfliktbewältigung, Solidarisierung und Förderung der Kommunikation untereinander ausgerichtet. Hochschulabgänger haben dort keine Chancen und müssen abwandern, die Zusammenhänge sind nicht klar. Diese und andere Barrieren führen dazu, dass die Lage sich trotz der Regionalförderung verschlechtert.

In den ländlichen europäischen Regionen gibt es gleichermaßen in der Regel drei Formen auf diese neue Situation zu reagieren. Die einen modernisieren und werden als diejenigen angesehen, die eine Perspektive haben. Sie betreiben die Tätigkeit auf dem Lande, wie jeden anderen Betrieb. Eine zweite Gruppe betreibt den Rückzug von der

--
Landwirtschaft, während die dritte Gruppe an den seit Generationen vorherrschenden Zielsetzungen festhält. Für sie geht es um die stabile Reproduktion des Hofes.²¹

Im Waldviertel wurde auf Grund der zuvor angestellten aktivierenden Befragung und Analyse der regionalen Situation mit einer Bildungsarbeit begonnen, die dazu befähigen sollte,

„für sich und seine Berufsgruppe die Grundrechte der Gesellschaft wahrzunehmen und ungerechte Strukturen zu verändern. Auf diese Weise sollte sie zu mehr Chancengleichheit führen.“

Ziel war es auf diese Weise

„partnerschaftliche demokratische(r) Verhaltensweisen zu fördern wie Kommunikationsfähigkeit, Partizipation, Autonomie. Es geht um die Befähigung Betroffener zur aktiven Beteiligung an Überlegungen und Entscheidungen in Vereinen, Genossenschaften etc. sowie am gesamten Gemeinwesen.“

Der „Arbeitskreis Land“ organisierte regelmäßige Treffen zur Geschichte der Bauern, dem Maschinenring, für den Austausch mit anderen Gruppen mit ähnlichen Themen, Exkursionen zu alternativen landwirtschaftlichen Unternehmen, Verkaufsausstellungen etc.

Eine Kartoffelaktion der Österreichischen Bergbauernvereinigung (ÖBV) bei der 50 tausend kg Kartoffeln vor allem in Wien verkauft wurden, stellte eine spürbare finanzielle Hilfe dar. Daran anschließend entstand eine ständige Vermarktung von Eiern, Brot, Speck bei Verkaufsausstellungen und dem Bauernladen in Wien.

Räume, in denen diese Initiativen sich ausbreiten konnten, waren ein Pfarrhof, ein kleines Managementbüro (als Infostelle, Pressearbeit, Produktkoordination), Seminarraum, Matratzenlager, Lagerräume als Sammelstelle für bäuerliche Produkte bildeten die Drehscheibe für Gemeinwesenarbeit. Die durch den regelmäßig tagenden „Arbeitskreis Land“, die persönlichen Kontakte und die Kartoffelaktion geschaffenen persönlichen Beziehungen bildeten die Vertrauensbasis für eine Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft.

Schon 1980 wurden jedoch auch Stellen geschaffen, über die diese Kooperation in neuen Strukturen gefördert werden sollte:

- *Regional-Betreuerinnen,*
- *Arbeitsmarkt-Betreuerinnen,*
- *Dorferneuerungs-BetreuerInnen,*
- *Regionale Bildungs- und KulturarbeiterInnen,*
- *Umweltberaterinnen,*
- *Regionalisierung der Erwachsenenbildung.*

Die „Arge Region Kultur“ wurde gegründet, um Aktivierungsarbeit für Kultur und Bildung im ländlichen Raum zu leisten. Darenin eingeschlossen waren kirchliche Jugendarbeit, Arbeitskreis Land, Regionalgruppe des Österreichischen Bergbauernverbandes (ÖBV) sowie Projektarbeit und Forschung.

²¹ Thomas Dax, Rudolf Niessler, Elisabeth Vitzthum: Bäuerliche Welt im Umbruch, Entwicklung landwirtschaftlicher Haushalte in Österreich, Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Forschungsbericht Nr. 32, Wien 1993; vgl. auch die Österreichische Bergbauernvereinigung <http://www.berggebiete.at/cms/dmdocuments/publikationen/FB32.pdf> Professionalisierung (4.9.05)

--

Die Initiatoren der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft BERSTA (Genossenschaft BERgSTAdt) mit Sitz im Waldviertel kommen aus dem AK-Land und gehören dem ÖBV an.

Die Rolle des ÖBV war es, den Erfahrungsaustausch mit ähnlichen Gruppen, sowie Kontakte zu Städtern über eine Ausstellung in Wien zum Thema „Bergbauern gehen neue Wege und suchen neue Verbündete“ herzustellen. Sie waren unterstützend tätig bei der Kartoffelaktion sowie bei der Finanzierung von Spesen in der Aufbauphase.

Eine weitere ÖBV Ausstellung zum Thema „Begegnung Stadt-Land“ motivierte eine Wiener Konsumentengruppe, beim Aufbau der Genossenschaft zusammen mit dem AK-Land bei der Direktvermarktung natürlicher Qualitätsprodukte zusammenzuarbeiten. Die Satzung wurde von beiden Gruppen zusammen erarbeitet. Die Konsumentengruppe schuf in der Folge die Verkaufsvoraussetzungen (Geschäft, Werbung, Organisation des Verkaufs), die Bauern wurden von dem Berglandaktionsfonds und von dem Bergbauerninstitut betriebswirtschaftlich, finanziell und landwirtschaftlich beraten. Vorstand und Aufsichtsrat wurden paritätisch gebildet.

Prozesse, die nun neben Diskussion und Beratung anstanden, waren

- *Begleitende Informations- und Bildungsarbeit (Exkursionen/Lehrfahrten; Tagungen/Seminare, Arbeitskreise)*
- *Qualitätsverbesserung der Produkte*
- *Umstellung auf biologischen Landbau*
- *Rechnungswesen*
- *Organisation des Transportes*
- *Erstellung von Qualitätsrichtlinien etc.*

Anspruchsvollen Ziele wurden definiert, wie hohe Preise für die Produzenten und günstige Preise für die Konsumenten, Selbstverwaltung und rasche Expansion. Schließlich mussten die drei Geschäfte von BERSTA aufgegeben werden. Mit den Inhabern der ehemaligen Geschäfte wurden Lieferverträge ausgehandelt und man bemühte sich um den Absatz in weiteren Naturkostläden. Aus der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft wurde eine Produzenten-Gemeinschaft. Schließlich geriet die genossenschaftliche Betriebsform in die Kritik und man einigte sich 1997 auf die Gründung eines Vereins BERSTA-Vermarktungsinitiative zwischen Bergbauern und Stadtbewohnern. Einkauf, Transport und Verkauf obliegt nun auf eigene Rechnung und Gefahr zwei Händlern. Der Verein sorgt weiterhin für den Erfahrungsaustausch unter Produzenten. Die Förderung der Vermarktung, Kontakte zu Geschäftsinhabern, Besuche und Kontakte zu Konsumenten durch gelegentliche Hoffeste.

Eine weitere Erzeuger-Verbraucher-Initiative (EVI) entstand in Zusammenarbeit mit einer Initiativgruppe in St. Pölten. Auch hier entstanden persönliche Kontakte, Informationen wurden ausgetauscht, Vorurteile abgebaut. Verkauft werden sollten Produkte aus der Dritten Welt, von benachteiligten Bauern und von biologischer Produktion. Die Bauern belieferten EVIs Gute Stube wöchentlich, hatten einen spürbaren Zuerwerb. Zentral für die Verständigung ist die gemeinsame Preisgestaltung. Dies ist ein Lernprozess für selbstbestimmte Veredelung von bäuerlichen und kunsthandwerklichen Produkten, von ökologischer Landwirtschaft und von der Schaffung von Arbeitsplätzen durch Verarbeitung vor Ort und Direktvermarktung. Es folgte die Gründung einer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft im Mühlviertel MÜLI sowie zwei weitere in Steyr und Graz.

--

Eine Ausweitung und Ergänzung dieser Initiativen – so z.B. der Erhalt einer Molkerei sowie ein Kurs über Selbstverwaltung, Gründung eines Bauernmarktes etc. - führte zum Konzept der „Eigenständigen Regionalentwicklung“ (ERE) für die eine Arbeitsgemeinschaft mit einer Reihe anderer zusätzlicher Berufsgruppen eingerichtet wurde. An ihr nahmen teil:

- *kritische Bauern,*
- *ehemalige Entwicklungshelfer,*
- *aufgeschlossene Wissenschaftler,*
- *aktive Beamte und Politiker,*
- *Jugend- und Erwachsenenbildner,*
- *Sozialarbeiter,*
- *Raumplaner,*
- *Basiskulturarbeiter,*
- *Friedens- und Ökologiebewegung und,*
- *Konsumenten.*

Methodisch wird hier Gemeinwesenarbeit verknüpft mit einer Wirtschaftsförderung, ein Prozess, der auch als Inkubation von Einzel- und Gemeinschaftsbetrieben beschrieben werden kann.

Zielgruppen sind jene Kleingewerbetreibende, arbeitslosen Facharbeiter für Selbstverwaltung, aktive Vereinsfunktionäre, die eine unentgeltliche Beratung für die Umsetzung von eigenen Initiativen so z.B. von solidarischen Wirtschaftsunternehmen planen (A. Rohrmoser, 2005, 13). Projekte in Landwirtschaft, Gewerbe, Tourismus und Industrie entstanden.

d. Ardelaire Ardeche in Frankreich²²

Seit den 60er Jahren verringerte sich im Department Ardeche überall die Bevölkerungszahl im Zuge der Konzentration von Wirtschaftsmacht in einigen Regionen und der strukturellen Probleme, die dies für andere Regionen hervorrief. Erst in den letzten fünfzehn Jahren erlebt die Gegend wieder einen langsamen Aufschwung durch die Wiederansiedlung von Landwirtschaft sowie durch erneuten Ausbau der Terrassenlandwirtschaft und des verarbeitenden Gewerbes, der Wieder-Inbetriebnahme der Wollverarbeitung, von Naturölmühlen, dem Aufbau von Tourismus und Dienstleistungen.

Neben vielen anderen Initiativen gibt es in der Region Ardeche den genossenschaftlichen Wiederaufbau der Wollspinnerei Ardelaire. Eine ganze Kette entstand und stärkte die lokale Ökonomie. Eine Näherei wurde eingerichtet. Mehr Wolle wurde nachgefragt, mehr Hirten hatten Arbeit. Umweltfreundlich und kooperativ wurden auf diese Weise im Verlauf von zwanzig Jahren dreißig Arbeitsplätze geschaffen. Die Produkte wurden nicht an ausländische Händler verkauft, sondern vor Ort wurden Museen eingerichtet, die die Produktionsweise anschaulich in ihrer historischen Entwicklung darstellen. Zwanzig tausend Besucher im Jahr steigern Verkauf und Arbeitsplätze für lokale Dienstleister.

Pro Jahr werden für die Produktionskette vierzig t Wolle von fünfzig Tausend Schafen benötigt: Spinnen, Färben, Waschen, Weben, Nähen, Stricken, Verkaufen. Der Generalsekretär der Vereinigung von Europäischen Genossenschaften (CECOP), Bruno Roelants, kommt zu dem Schluss, dass man nur wenige Lehren lernen muss:

²² Bruno Roelants: Der Beitrag von Genossenschaften zu langfristiger lokaler Entwicklung, in : C. Müller-Plantenberg (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Europa, Betriebe und regionale Entwicklung, Entwicklungsperspektiven 85/86, Kassel 2007, S. 257-262.

- „Kapital ist nicht notwendigerweise der wichtigste Faktor. Sie haben ihre Genossenschaft etabliert ohne Geld, sie haben es geschafft, einige Darlehen zu bekommen, aber sie hatten in der Tat eine sehr klare Vorstellung davon, was sie wollten, und das war viel wichtiger als nur Kapital zur Verfügung zu haben.
- Der Distrikt hat eine gute Dimension für lokale Entwicklung – Es ist die richtige Dimensionierung – es ist also nicht die Mikrodimension eines kleinen Betriebes, es ist auch nicht eine zu große Dimension einer ganzen Region – es ist die richtige Dimension, um lokale Entwicklung zu schaffen.
- Lokale Entwicklung dauert sehr lange, das heißt, dies hat Jahre gedauert und wird weitere Zeit in Anspruch nehmen. In dieser Hinsicht ist es auch wichtig zu verstehen, dass Genossenschaften und Solidarische Ökonomie nicht den Prinzipien eines schnellen Profits folgen können, die zurzeit die Wirtschaft beherrschen. Wir können sagen, dass die ganze Strategie und die ganze Vision des Unternehmens anders sind, insofern als die langfristige Vision sehr wichtig ist.
- Das Projekt war vollkommen kohärent.“²³

3. Werte: Inklusion und Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Nachhaltigkeit

Wie kommt es in diesen Regionen zu Schritten hin zu einer alternativen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung? Es gibt unterschiedliche Quellen für die gemeinsamen Werte, die das Handeln bestimmen:

- (1) In der Gründungsphase von **Mondragon**, in Zeiten der Franco Diktatur, spielten die *gemeinsamen kulturellen Werte* gegenüber unterdrückerischer Herrschaft eine große Rolle. Dort gab es regionale selbstbestimmte Traditionen, eine gemeinsame Sprache, die Organisationen der Arbeiter, die für ihre Rechte eintraten. Sie wurden in der Region auch unterstützt durch einen katholischen Priester und Francogegner. Er bestand auf gerecht verteilten Chancen und kümmerte sich systematisch mit seinen Schülern um die Voraussetzungen hierfür. Das begann mit dem Bestehen auf der Inklusion der Arbeiterkinder in die gesellschaftliche Bildung und auf ihr Recht auf selbstbestimmte Arbeit. Das Genossenschaftskonsortium von nationaler Bedeutung, das dort mit Zehntausenden Beschäftigten in wenigen Jahrzehnten entstand, ist *selbstverwaltet*.
- (2) Die Werte müssen erst wieder ins gemeinsame Bewusstsein gerufen werden. Dies geschieht dadurch, dass man die eigene regionale Situation gemeinsam analysiert und die Geschichte wieder bewusst macht. So erkennen die Bauern im **Mühl- und Waldviertel** in Österreich, dass sie auf Grund der Polarisierung der wirtschaftlichen Macht im Zuge neoliberaler Politik marginalisiert werden. Darauf aufbauend setzt eine Arbeit der Bewusstseinsbildung nach der Methode des brasilianischen Pädagogen Paulo Freire ein. Nun sind viele Bewohner bereit, gemeinsam das Recht auf Arbeit, Gesundheit, Bildung zu verteidigen, selbstbestimmte betriebliche Strukturen und Vermarktungsformen aufzubauen und eine solidarische, nachhaltige Regionalentwicklung anzustreben. Konsequenter ist jetzt das langfristige Wohl im Blick, das einer biologischen Landwirtschaft für Mensch und Natur Vorrang gibt. Lokale Ökonomie wird groß geschrieben. Produktionsketten werden aufgebaut. Exemplarische Beispiele sind zu finden bei der Nahrungsmittel-, Heiz- und Treibstoffproduktion sowie ansatzweise auch bei pharmazeutischen Produkten. Zusammenarbeit verschiedener Organisationen entsteht auf regionaler Ebene. Man grenzt sich genauer ab von einer Bauernpolitik, die nur den Großbauern hilft. Gemeinsame Forderungen werden aufge-

²³ A.a.O. S. 259

stellt und man streckt die Fühler zu entsprechenden Organisationen in Deutschland, Frankreich und Italien etc. aus.

- (3) In **Italien** haben sich die Werte vergleichsweise gerechter Wirtschaftsstrukturen in Genossenschaften schon früh gesellschaftlich und politisch verankern können. Der Einbruch der Arbeiterrechte, der mit der neoliberalen Politik einsetzt, kann politisch über das Gesetz zugunsten der Rechte der Arbeiter auf Betriebsübernahme der nun insolvent werdenden Betriebe gekontert werden. Dem Recht auf Arbeit und Inklusion – gleiche staatsbürgerliche Rechte - wird hier Priorität eingeräumt. An Stelle der Finanzierung von Arbeitslosigkeit soll nach dem Marcora-Gesetz²⁴ die Beschäftigung gefördert werden.

Werte der Solidarität und Kooperation werden in Bezug auf diese Wirtschaftsform erhalten, sie sichern nicht nur die Betriebe sondern auch ihr Umfeld, Dienstleistungen und soziale Infrastruktur. Eine staatliche finanzielle und professionelle Unterstützung unterstützt - nicht nur durch das Marcora Gesetz - die Genossenschaftskonsortien liberaler, christlicher und sozialistischer Prägung, die sich in der Folge im ganzen Land ausbreiten konnten.

- (4) In **Ardelaine** sowie in anderen Initiativen des französischen Departments Ardeche tritt besonders der enge Bezug zur Natur und ihren Potentialen als ein Wert hervor, der den langfristigen genossenschaftlichen Wiederaufbau der Wollspinnerei motiviert. Man versorgt sich mit Energie aus lokaler Wasserkraft, stimmt alles ökologisch ab, um so eine langfristige Reproduktion in der Region zu gewährleisten. Die regionale Kultur wird in den Mittelpunkt der Überlegungen in Bezug auf alle Schritte gestellt. So vermarktet man auch im wesentlichen lokal. Solidarität wird nicht nur nach innen sondern auch mit den Bewohnern der Region als ein zentraler Wert genannt. Ganz bewusst wird eine Bildungsarbeit aufgebaut sogar über die Region hinaus. Eine eigene Dynamik entsteht, die Menschen in Arbeit bringt und Abwanderungstendenzen und sozioökonomischer Polarisierung entgegenwirkt.

Überall ist der Prozess der Inkubation von Einzel- und Gemeinschaftsbetrieben gekennzeichnet von einem historischen Rückbezug auf Werte und zu verteidigende Rechte, auf das Verständnis der eigenen Situation und das Bewusstsein staatsbürgerliche Rechte zu besitzen, die eingefordert werden müssen, um gravierenden Veränderungen Einhalt zu gebieten und selbst bestimmt gemeinschaftlich Alternativen aufbauen zu können. Die Einsicht in die ökologischen Rahmenbedingungen für langfristiges Leben in der Region und das Bewusstsein von Gefahren und Potentialen wird an Zusammenschlüssen deutlich die naturverbundene Produktions- und Konsummuster garantieren wollen, wie die Herausbildung von „Gentechnikfreien Gemeinden bzw. Kommunen“, wie zuvor von „tropenholzfreien“ oder auch „atomfreien Gemeinden“.

4. Räume der Veränderung wahrnehmen

Sind das nur Einzelbeispiele - welche Chance besteht in der Verallgemeinerung?

Die ganz unterschiedlichen Regionen und Prozesse haben die Werte der Selbstbestimmung, Kooperation und Selbstverwaltung auf der Basis von sozialer Gerechtigkeit und Naturbezug gemeinsam. Not tut eine noch stärkere Bemühung um ein gegenseitiges Kennenlernen dieser unterschiedlichen kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ausgangsbedingungen. Eine Kenntnis von den Erfahrungen der Kämpfe sozialer Akteure und Bewegungen zur Durchsetzung der Menschenrechte und der Einwirkung auf ihre Einhaltung durch staatliche Institutionen,

²⁴ 1985 überarbeitet 2001

--

ihre Instrumente und Rahmenbedingungen. Dies kann in sozialen Bewegungen, in Bildungsarbeit und in gemeinschaftlichen Inkubationsprozessen aufgenommen werden.

Dann kann der Einfluss dieser Werte in sozialen Foren verstetigt und konsolidiert werden, in denen sich soziale Bewegungen, solidarische Wirtschaftsbetriebe und Vertreter staatlicher Institutionen treffen. Hier sind Räume der Veränderungen, die die notwendige Kommunikation für einen Aufbau von unten gewährleisten.

Gemeinsame Aktionen, Schaffung von Entscheidungsmechanismen, die auf diesen selbstverwalteten Gruppen, Foren und regionalen Kooperationen aufbauen, können dazu beitragen, die Werte einer anderen Entwicklung, Inklusion, Solidarität und Kooperation erfahrbar zu machen, ihnen zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Aufbau weiterer Kooperationen und Bündnisse mit entsprechenden Bewegungen und Institutionen in den Subkontinenten über gerechten Handel, Austausch von Wissen und Technologie kann garantieren, dass ein Prozess der Solidarität nach außen mit seiner heilsamen Wirkung auf einen Abschwung der Naturzerstörung und Entwurzelung einsetzt. Reziproke Erfahrungs- und Lernprozesse über Europa hinaus können so im Nord-Süd-Verhältnis ermöglicht und Potentiale einer anderen Entwicklung wahrgenommen werden.

Ein nach innen und außen solidarisches Europa kann entstehen durch den selbstbestimmten und in Teilen selbstverwalteten, gemeinwesenorientierten Aufbau von unten sowie über das Einsetzen von Staatssekretariaten für Solidarische Ökonomie, dort wo sie noch nicht existieren. Das ist eine ganz reale Utopie. Die Abkehr von der Einbahnstraße neoliberaler Globalisierung verlangt eine Dekompression von Raum und Zeit und die Nutzung der vorhandenen vielfältigen Potentiale von Gesellschaften und Ökosystemen. Der gesellschaftliche Naturbezug erfordert es Saisonalität und Territorialität rückzuerobieren und selbstbestimmte kulturelle Produktions- und Konsumtionsformen – Lebensstile – zu finden. Warum sollte diese Utopie nicht von einer Bewegung der republikanischen, nachhaltigen Regionen Europas über verstärkte Kooperation, bildungs- und finanzpolitische Instrumente und Strukturen, die die Beteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen einschließen, angestrebt werden?

Gradmesser für ein soziales Europa werden gewachsene Strukturen der Selbstverwaltung und Solidarität sowie reziproke Lernprozesse über Europa hinaus im Nord-Süd-Verhältnis sein. Es ist sinnvoll, gewerkschaftlich und territorial darauf hinzuarbeiten, dass eine entsprechende Verfassung diskutiert und formuliert werden kann, die den Rückbezug der Exekutive auf die Interessen, Rechte und humanen Werte der Bürger garantiert.

Solidarische Ökonomie in Lateinamerika²⁵

²⁵ Erschienen in: Stefan Schmalz und Anne Tittor (Hrsg.): Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez: Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat. Festschrift für Dieter Boris, Hamburg 2008

--

Männer und Frauen in Gemeinschaftsunternehmen vernetzen sich. Der Aufbau von lokalen Ökonomien, von Erzeugergemeinschaften, Produktionsketten, und Kooperationen ist Ausdruck von Zivilgesellschaften. Die Menschen nehmen Beziehung zueinander auf, um selbstbestimmt zu leben und gehen gegen Risiken und Abhängigkeiten vor, welche von Multinationalen Konzernen im Energie- und Ernährungsbereich erzeugt werden. Bürger schließen sich in Foren, Räten oder Netzen zusammen und setzen sich dafür ein, zu Ko-planern der lokalen, regionalen und nationalen Prozesse zu werden. Sie schaffen Strukturen, um ihre Gesellschaften und Wirtschaften zu demokratisieren. Dies geschieht überall auf der Welt.

Solidarische Ökonomie: lokal und überall

Nach drei Dekaden neoliberaler Globalisierung, Exklusion, Verarmung, Kriegen und damit einhergehenden Alarmsignalen der Biosphäre, fallenden Wasserspiegeln, schrumpfender Waldflächen, sich ausbreitenden Wüsten, steigender Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre, ansteigenden Temperaturen und einer wachsenden Anzahl von Sturmfluten, Wirbelstürmen, Klimaeinbrüchen mit allen ihren ökonomischen und sozialen Konsequenzen geht es nunmehr nicht mehr nur um Anklagen sondern vielmehr um Vorschläge dazu, wie diese Situation zu verändern ist. Konzentrationsprozesse und Abhängigkeiten produzieren Krisen. Immer mehr Menschen erkennen, dass die Zukunft Selbstverwaltung in einem Prozess der Anpassung an die natürlichen Lebensgrundlagen erfordert. Wir können daher soziale Prozesse beobachten, die sich von unten nach oben entwickeln. Im Rückbezug auf die eigenen Wurzeln wird Wissen geteilt und Eigentum erneut gemeinschaftlich selbst verwaltet. Die Gründung und Vernetzung von Gemeinschaftsunternehmen hat Konjunktur. Eine solidarische Ökonomie entsteht. Eingebettet in die Natur wird der Bezug zum Territorium verteidigt: nicht nur von Naturvölkern, die das Recht auf Anerkennung ihrer Territorien fordern, sondern auch von denen, die durch die neoliberale Globalisierung an den Rand gedrängt wurden, von Bewohnern „abgehängter Regionen“, die die endogenen Potentiale vor Ort neu entdecken und entfalten, von Arbeitern insolventer Betriebe, die ihre Betriebe in Selbstverwaltung wieder in Gang setzen, von Frauen und Männern aller Nationalitäten, die sich in interkulturellen Gärten engagieren und Freiflächen in den Städten in Gemüse- und Blumenfärten verwandeln,

von Menschen, die anderswo anfangen, ihre Städtchen und Stadtteile an die Ära nach dem Erdölboom anzupassen, Gemüse und Obst lokal anbauen, auf alternative Energie setzen und neue, kooperative Lebensstile mit viel Kreativität und Freude erfinden (Transition Towns Bewegung),

während andere lokale und nachhaltige Wirtschaftskreisläufe durch die Einführung von Regiowährungen entstehen lassen.

Solidarische Ökonomie ist vielfältig aber an gemeinsamen Grundwerten ausgerichtet.

Einheit in der Vielfalt

Sozialforen, in denen die verschiedenen sozialen Bewegungen und Gruppen zusammenkommen, die eine andere Welt für möglich halten, haben ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass gemeinsame Strategien aufgebaut werden können.

2001 wurde erstmalig das Weltsozialforum in Porto Alegre/ Brasilien einberufen, zu dem 16 Tausend Menschen aus 117 Ländern kamen. Dort bildete sich die erste internationale Arbeitsgruppe „Solidarische Volksökonomie und Selbstverwaltung“, in der mit 1500 Personen die Selbstorganisation der Arbeiter und Arbeiterinnen, die staatliche Politik und die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven von Arbeit und Einkommen diskutiert

--

wurden.²⁶ In dieser Arbeitsgruppe wurde die folgende Definition der SÖ als starkes Werkzeug des empowerment und sozialen Wandels definiert, das aus den Initiativen verantwortlicher Bürger hervorgeht, die die Kontrolle darüber, wie sie produzieren, konsumieren, sparen, investieren und austauschen, behalten wollen. Die Arbeitsgruppe sieht die SÖ als ein Modell der Gemeinschaften und der lokalen Ökonomie und bezeichnet sie als die Wirtschaft der Basis. Aus ihrer Perspektive ist es die Zivile Gesellschaft, die die Solidarische Ökonomie aufbaut, die zu einer nachhaltigen Entwicklung führt, sodass staatliche Ressourcen lediglich eine Ergänzung ihrer eigenen Aktionen und Ressourcen sind. Sie sehen SÖ als Garant dafür, dass die Wirtschaft ethischen Werten entspricht.

Aus dem Austausch während des Forums ergeben sich fruchtbare Anregungen insbesondere politische Bündnisse und Anregungen für das Einfordern adäquater staatlicher Politiken zur Förderung der Solidarischen Ökonomie.

Eine brasilianische Arbeitsgruppe „Solidarische Ökonomie“, erarbeitete Prinzipien der SÖ und stellte fest, dass bislang keine staatliche Politik hierzu existierte. Sie verfasste einen Brief an den 2002 gewählten Luis Ignacio Lula da Silva von der Arbeiterpartei und seine zukünftige Regierung unter der Überschrift: „SÖ als politische Entwicklungsstrategie“, um eine staatliche Politik gegenüber der SÖ und die Einrichtung eines Nationalen Sekretariats für Solidarische Ökonomie einzufordern.

2003 halfen 19 Netze Solidarischer Ökonomie, die „Solidarische Ökonomie“-Veranstaltung des Weltsozialforums in Porto Alegre vorzubereiten. Mit 800 Teilnehmern fand dort die zweite Vollversammlung der brasilianischen Arbeitsgruppe für SÖ statt, auf der Solidarische Wirtschaftsunternehmen, Unterstützungsorganisationen und internationale Netzwerke anwesend waren. Dort wurde ein Plan für Debatten und Sensibilisierung in den verschiedenen Landesregionen definiert und die Arbeitsgruppe als Motor dieses Prozesses legitimiert. Im Laufe des Jahres wurde das Nationale Sekretariat für Solidarische Ökonomie im Ministerium für Arbeit konstituiert. Die Arbeitsgruppe SÖ wurde zum Nationalen Forum für Solidarische Ökonomie Brasiliens. Dem folgten die Gründungen von Bundesstaatlichen Foren für Solidarische Ökonomie. Darauf aufbauend fand 2004 ein Nationales Treffen Solidarischer Wirtschaftsbetriebe statt, zu dem 2500 Personen vor allem aus Solidarischen Wirtschaftsunternehmen aus allen Landes-teilen kamen.

2005 werden erneut Vorschläge der Solidarischen Ökonomie für das Weltsozialforum zusammengetragen. Aus den Dokumenten der Arbeitsgruppe geht die Erarbeitung eines Konsenses hervor.²⁷

Sie stellen fest, dass den Aktionen der Aufbau einer neuen sozialen Ordnung gemeinsam ist, in der die Personen im Zentrum der Wirtschaftlichen Tätigkeiten stehen und nicht der Gewinn. Sie sehen es als ein soziales Transformationsprojekt, das die Solidarität quer durch die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft geht, um den Aufbau einer Wirtschaft, die auf ethischen Werten gründet, um eine wirkliche Entwicklung für die menschliche Sicherheit aufzubauen. In ihrer Analyse der Situation sind Kooperation und Selbstverwaltung die dynamisierenden Faktoren, nicht jedoch Wettbewerb oder Machtkonzentration. Man erkennt an, dass die Praxis der Solidarischen Ökonomie nicht nur wirtschaftliche Werte und eine dauerhafte Entwicklung schafft, sondern auch einen sozialen Wert besitzt, der sich in Form der sozialen Beziehungen, der Wirtschaftsdemokratie und in dem Kampf gegen Ungleichheit und Exklusion ausdrückt. Einige prioritäre Aspekte werden hervorgehoben, denen vier Ebenen der Intervention zuzuordnen sind:

²⁶ Eje 1 – Desarrollo Democrático y Sostenible, Economía Solidaria, Síntesis de los Eventos, Foro Social Mundial 2003 (Dokument des Weltsozialforums, AG Solidarische Ökonomie)

²⁷ Confluencia de propuestas de economía solidaria, V Foro Social Mundial 25-31 enero 2005

--

- Stärkung der Agenten der Solidarischen Ökonomie,
- Interaktion der Agenten der Solidarischen Ökonomie mit dem Markt,
- Beziehung der Akteure der Solidarischen Ökonomie mit dem Staat,
- Beziehung der Solidarischen Ökonomie zu anderen sozialen Bewegungen (u.a. Kam pagne ökologische Schulden, Soziale Bewegung der Geschlechterbeziehung, Bewegung der Freien Software)

2006 fand das Weltsozialforum in Caracas statt. 2008 wurde es in México abgehalten und es endete mit einer Erklärung zu „Würde, Einheit und Volkssouveränität“ auf dem Zócalo.

Inzwischen sind enge Kooperationsbeziehungen zwischen der Solidarischen Ökonomie in Brasilien²⁸ mit der Venezuelas und Argentiniens geknüpft worden. In Ecuador, Venezuela, Bolivien und Brasilien stehen interessante Entwicklungen an, die ein Licht auf unterschiedliche Etappen und Konstellationen werfen. Trotz enger Kooperation und gegenseitigen Verweisen auf Lehrstücke der Nachbarländer benutzt man zum Teil unterschiedliche Begriffe: So wird in Venezuela von dem „Ministerium der Volksmacht für die Kommunale Wirtschaft“ gesprochen, in Brasilien vom „Nationalen Sekretariat für Solidarische Ökonomie“, in Ecuador wird das Programm der Sozialen Solidarischen Ökonomie vorgestellt und ein Subsekretariat mit derselben Bezeichnung installiert und in Bolivien nennt man die Solidarische Ökonomie stets im selben Atemzug wie den gerechten Handel.

Ecuador

In Ecuador beschloss die im Januar 2007 eingesetzte Regierung unter Rafael Correa, wirtschaftliche Alternativen in Gang zu setzen und SÖ zu einer Priorität zu machen. Der Präsident ordnete eine Volksbefragung über die Einsetzung einer Verfassungsgebenden Versammlung an. Im Zuge dieses Prozesses werden das kapitalistische System und der Neoliberalismus als die Verursacher der Krisen, die sich in der Konzentration der Macht und des Reichtums ausdrückten, gesehen. Mit seiner Partei Alianza País versprach Correa, für die Schwachen und Ausgeschlossenen einzustehen und erklärte bei seiner Amtseinführung das dunkle Zeitalter des Neoliberalismus für beendet. Die Wahlergebnisse im September zeigten, dass die vor der Wahl propagierte Strategie Correas durch die Mehrheit der Wahlberechtigten unterstützt wird.²⁹ Ende November trat die Verfassungsgebende Versammlung Ecuadors zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.

Im Februar 2007 wurde ein „Workshop SÖ“ von der „Nationalen Konföderation der Organisationen von Kleinbauern, Indigenen und Schwarzen“ (FENOCIN) organisiert, auf dem der Minister für Wirtschaft und Finanzen, Ricardo Patiño, die Schaffung eines Untersekretariats für Solidarische Ökonomie ankündigte, das dem Staatssekretariat unter seiner Leitung zugeordnet sei. Für diese Arbeit bat er die Kleinbauern um Unterstützung.³⁰

²⁸ So wurde z.B. 2006 ein Vertrag zwischen dem venezolanischen „Das Ministerium der Volksmacht für Kommunale Wirtschaft“ (MINEP) und dem Nationalen Sekretariat für Solidarische Ökonomie Brasiliens (SENAES) und der brasilianischen Gemeinschaftsbank Banco de Palmas geschlossen nachdem zwei venezolanische Delegationen im Verlauf des Jahres die Gemeinschaftsbank besucht hatten.. Im Gegenzug wurde Brasilien venezuelanischen Nuklei der endogenen Entwicklung beeinflusst, bei der die Gemeinschaft einige staatliche Maßnahmen mit dem Ziel der endogenen Entwicklung durchführt.

²⁹ Jonas Henze: Demokratie in neuen Händen, Klare Mehrheiten in der Verfassungsgebenden Versammlung, in: Lateinamerika Anders, Nr. 1/2008, S. 13

³⁰ http://www.rel-uita.org/sociedad/economia_solidaria-ecuador.htm (17.2.08)

--

“Der wirtschaftliche Wandel bedeutet (i) den Wandel der Eigentumsformen; (ii) die Umverteilung des Reichtums, der Möglichkeiten und Fähigkeiten; (iii) die Begründung einer demokratischen, partizipativen Planung; (iv) die Neudefinition der Beziehungen von Harmonie und Respekt gegenüber der Natur; und (v) die Umorientierung der Wirtschaft auf die Produktion hin.“³¹ So ist es auf der Website der Verfassungsgebenden Versammlung zu lesen. In diesem kleinsten Amazonasanrainerland wird eine Umkehr des gesellschaftlichen Naturbezuges angestrebt: „Die ökologische Frage muss zu einer durchgängigen Achse werden. Das kapitalistische Modell gründet auf einer instrumentellen Vision von der Natur und der Maximierung der Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die als unerschöpflich gesehen werden.“

„In der alten Verfassung gibt es den typisch ambivalenten Umgang mit dieser Frage, Prinzipien oder Rechte werden proklamiert aber Konkretionen vermieden. Der Artikel 3 Nummer 3 sieht es als das erste Ziel des Staates an, ‚Das Naturerbe und Kulturgut zu schützen und die Umwelt zu schonen...‘ Dann wird im Artikel 86 in Bezug auf die kollektiven Rechte darauf hingewiesen, dass ‚der Staat das Recht der Bevölkerung, in einer gesunden und ökologisch ausgewogenen Umwelt zu leben, schützen wird, das eine nachhaltige Entwicklung garantiert.“³²

Im Juni präsentiert der Präsident ein Programm der Sozialen und Solidarischen Ökonomie (SESS), das in dem Sekretariat für Soziale Solidarische Ökonomie ausgearbeitet wurde. Es wird die folgenden staatlichen Programme ausführen:

- Mikrokreditprogramm,
- Programm “Ernähre Dich Ecuador” und
- Programm der öffentlichen Käufe (ohne die internationale Bürokratie und ohne Importe).

Der Präsident erläutert, dass die Werte der Sozialen Solidarischen Ökonomie zur ecuadorianischen Kultur gehören, in der die gemeinsame Arbeit (minga) seit je her eine Tradition bei den indigenen Völkern ist. Ein Gesetzesprojekt zur Begrenzung der Zinshöhe bei den Banken wird auf den Weg gebracht, um die ‚Übergriffe der Machtgruppen zu unterbinden.“³³

Der Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung und vorheriger Energieminister, Alberto Acosta, garantiert, dass die neuen Regeln für private Investeure gleiche Bedingungen für alle festlegen. Ausländische Firmen würden nicht mehr privilegiert. Denn nur ein gerechter Markt ohne Privilegien werde den Aufbau einer solidarischen Ökonomie ermöglichen. Man werde den Markt zivilisieren.

Ein Netzwerk Solidarischer Ökonomie aus Kleinbauern, Handwerkern, Agrarindustrie, Handel, Dienstleistungen führt im April eine Serie von Workshops bei seinem ersten Nationalen Treffen aus, um einen Plan für den Aufbau der Solidarischen Ökonomie auszuarbeiten und der Verfassungsgebenden Versammlung in diesem Punkt zuzuarbeiten.³⁴

³¹ http://www.asambleaconstituyente.ec/asamblea/index.php?option=com_content&task=blogsection&id=14&Itemid=73 (15.2.08)

³² http://www.asambleaconstituyente.ec/asamblea/index.php?option=com_content&task=blogsection&id=9&Itemid=63 (15.2.08)

³³ <http://www.congresobolivariano.org/modules.php?name=News&file=print&sid=3538> (17.2.08)

³⁴ <http://www.redesolenecuador.blogspot.com/> (17.2.08)

- -

Venezuela

„Das Ministerium der Volksmacht für Kommunale Wirtschaft“³⁵ wurde im September 2004 geschaffen, um Politik, Programme und Institutionen zu koordinieren, „die das abhängige kapitalistische Wirtschaftsmodell in ein Modell der sozialen, selbstverwalteten, nachhaltigen Wirtschaft überführen sollen.“ Ziel ist die Konsolidierung der Missionen zur Abschaffung von Armut, „Vuelvan Caras“ und die gezielte Förderung endogener Entwicklung sowie die Koordinierung der Akteure der Entwicklungsachsen und –Pole.“³⁶

Nukleus endogener Entwicklung

Gemeinschaften, die ihre Region gemeinsam aufbauen wollen, können „Nuklei Endogener Entwicklung“ gründen, sie können auf einem bestimmten staatlichen Territorium Potentiale erkunden und Prioritäten setzen. Wenn sie Ihre Vorhaben gut ausgearbeitet haben und überzeugend vermitteln können, ist es möglich, dass sie Unterstützung durch Palmaven, ein Institut der Erdölgesellschaft PDVSA, erhalten.

Mission „Vuelvan Caras“

Die Missionen „Vuelvan Caras“ sind Aktionen, über die die unwürdigen Lebensverhältnisse in den Armenvierteln verändert werden (Kurse für das Erlernen des Lesens und Schreibens, Stipendien für Jugendliche und Stadtteilarbeit):

- so haben z.B. die Regierungen von Venezuela und Cuba einen Tausch von 20 000 Ärzten aus Cuba, die in die venezuelanischen Armenviertel gingen und dort in Gesundheitsposten die Bevölkerung versorgten, gegen Öl getauscht;
- die Regierungen von Argentinien und Venezuela haben Fleisch gegen Öl getauscht und
- aus Brasilien wurde Korn und andere Nahrungsmittel gegen venezuelanisches Öl geliefert.

Gemeinschaftsbanken

Gemeinschaftsbanken wurden nach dem Vorbild der Brasilianischen Banco Palmas³⁷ errichtet, die über Alternatives Geld in einem Stadtteil an der Peripherie Fortalezas (Nordbrasilien) Güter und Dienstleistungen sowie Kredite ohne Zinsen zur Verfügung stellt. Während in Brasilien erst 13 Banken nach dem Vorbild dieser Gemeinschaftsbank entstanden, hat man in Venezuela seit 2006 bereits 200 solcher Banken aufgebaut. Darüber hinaus sollen auf der Basis eines für die Gemeinschaftsbanken verabschiedeten Gesetzes in den nächsten zwei Jahren tausend entsprechende Banken gegründet werden. Ein Nationaler Entwicklungsfond stellt Mittel dafür bereit, dass Gruppen von mindestens fünf Personen zusammenkommen können, um ihre eigene Gemeinschaftsbank aufzubauen. In einem regionalen Pilotprojekt ist es das Ziel, dass sich die gesamte lokale Ökonomie durch Vereine und Genossenschaften entwickelt, die die Gemeinschaft selbst ins Leben ruft. Mit Hilfe der Kooperation der Brasilianer soll ein

³⁵ Ministerio del Poder Popular para la Economía Comunal, MINEC, umbenannt 2007 nach dem Dekret 5.246 Gaceta Oficial número 38.654

³⁶ <http://www.minec.gob.ve/contenido.php?id=29> (17.2.08) Zu seinen Aufgaben gehört also:

- die Umsetzung und in Gang Setzung der Endogenen Kerne (Núcleos de Desarrollo Endógeno, NUDE),
- die Gründung und in Gang Setzung der Genossenschaften (Textilien, Schuhe, Agrartourismus)
- die Koordinierung von Ausbildungsinstitutionen
- ländliche Entwicklung
- Mikrofinanz,

³⁷ 1998 im Conjunto Palmeira einem Viertel mit 30 000 Einwohnern am Stadtrand von Fortaleza im Norden Brasiliens gegründet

--

System der sozialen Währung ähnlich wie an der Peripherie von Fortaleza, in Palmeiras, mit dem Ziel installiert werden, dass zumindest 70% der Währung Regiowährung sein soll.

Das Ministerium der Volksmacht ist nach eigenen Angaben angetreten „den kapitalistischen individualistischen Rechtsstaat in einen wirklichen Staat des Rechts und der Gerechtigkeit zu transformieren, der sozial, demokratisch sowie partizipativ ist und auf einer neuen gemeinschaftlichen Kultur gründet, die im Gegensatz zur individualistischen Kultur des Marktes steht.“

Der staatliche Ölkonzern Pdvsa gab den Nuklei für endogene Entwicklung Geld für die Restaurierung von Gebäuden, Grünflächen, Bau von Kliniken, um die Projekte einschließlich des Startkapitals für die Genossenschaften in Gang zu bringen.

Die Aufträge wurden an Genossenschaften von Bauarbeitern der Region vergeben. Einige standen unter dem Oberbefehl von Ingenieuren des Militärs.

Andere Nuklei endogener Entwicklung versuchen, das touristische Potential ihrer Regionen auszubauen. Weitere Genossenschaften bilden sich in weiteren Nuklei: u.a. für Transport, Handwerk, Bäckereien, Kakaoproduktion und –Verarbeitung sowie Agrartourismus.

Es gibt Gruppen-Schulungen über einige Monate. Stipendien zur Ausbildung in technischen Fragen und zum Aufbau von Genossenschaften können beantragt werden. Danach organisiert man sich und erarbeitet ein Projekt, sucht die Finanzierung und beginnt zu produzieren.

Erfolgsbilanzen weisen bereits 12 Monate nach Anlaufen des Programms 260 000 Ausgebildete aus, die 6 800 Genossenschaften aufgebaut haben. 60% von ihnen besitzen eine Finanzierung. Sie sind in 125 Nuklei für endogene Entwicklung organisiert. Mit anderen Worten 200.000 Personen in diesem Land³⁸ führen gemeinschaftliche Arbeit aus. Angesichts der offiziellen Finanzierung und den drastisch zurückgeschraubten Eingangserfordernissen für ihre Gründung erlebt Venezuela einen Genossenschaftsboom. Während 1998 800 registriert worden waren, stieg ihre Zahl bis 2003 auf 10.000, 2004 auf 50.000 und bis 2005 auf 74.200. Der venezolanische Ölkonzern Pdvsa hat in nur zwei Jahren 585 Mio. Dollar für die Programme der endogenen Entwicklung ausgegeben.³⁹

Ein so schnelles Anwachsen der Genossenschaften ist für Oscar Bastidas vom Genossenschaftlichen Studienzentrum der Universidad Central ein Indiz dafür, dass es sich um „Geldverschwendung handelt, wenn die Genossenschaft verschwindet sobald die erste Rate ausgezahlt wird. Das geschieht vor allem auf Grund der Improvisation, die die Organisation der meisten gekennzeichnet hat. „Selbst der Minister der Volksökonomie, Elías Jaua, räumte ein, dass es „viele Genossenschaften auf dem Papier gibt, sie lassen sich auf dem Papier als solche registrieren, aber sie haben einen Chef, der mehr verdient, Lohnarbeiter und eine Arbeits- und Einkommensverteilung, die nicht auf Gleichheit beruht.“

³⁸ Venezuela hat 26 Mio. Einwohnern und einer arbeitende Bevölkerung von 12 Mio.

³⁹ Humberto Marques: Venezuela – ensayos de economía solidaria, IPS 2005
<http://ipsnoticias.net/nota.asp?idnews=35770> (20.2.08)

--
 Daher habe die staatliche Genossenschaftsverwaltung⁴⁰ – so der Minister – ein Programm zur staatlichen Überwachung dieser Gemeinschaftsunternehmen unternommen, "damit sie nicht dazu dienen, dass einige Gruppen Privilegien beibehalten".

"Wir verstehen, dass wir aus einer kapitalistischen Lebenspraxis kommen, die zutiefst kapitalistisch ist", äußerte Juan Carlos Loyo, der Vizeminister der Volksökonomie. "Unsere Vorstellung ist es, die Grundlagen für ein neues sozioökonomisches Modell zu legen, das der Präsident (Chávez) den Sozialismus des 21. Jahrhunderts nennt, und daher haben Gemeinschaften Priorität für uns, die gemeinsame gesellschaftliche Beziehungen besitzen und sich organisieren, um gemeinsam eine produktive Tätigkeit zu organisieren".⁴¹

Bolivien

In diesem Land mit dem höchsten Prozentsatz an Indigenen in Lateinamerika sind gemeinschaftliche, reziproke Wirtschaftsformen noch lebendig. In den ayllus (was bedeutet das ???) und in ländlichen Gemeinden, wird getauscht und hilft man sich gegenseitige (mink'a, ayni). In Bolivien erscheint die solidarische Ökonomie angesichts dieses kulturellen Reichtums, der Arbeitsprinzipien der bäuerlichen Gemeinschaften also als nichts Neues. Vielmehr werden so die eigenen Werte und das eigene Wissen aufgewertet.

2005 organisierte das Netzwerk für gemeinschaftliche Vermarktung in Cochabamba ein Treffen. Der Handel mit Kakao, Kaffee, Paranüssen und Quinoa hatte zugenommen. Nun kamen 150 Organisationen aus 12 Ländern Lateinamerikas und der Karibik zusammen. Gemeinsam vereinbarten sie die nächsten Schritte in der Erklärung von Cochabamba:

- Förderung der lateinamerikanischen Bewegung für Solidarische Ökonomie, Gerechten Handel und Ethischen Konsum.
- Stärkung der lateinamerikanischen Koordination.
- Förderung partizipativer Zertifizierung für die Solidarische Ökonomie und den Gerechten Handel in unseren Ländern mit Kriterien, die lokal festgelegt werden und einer Vereinheitlichung der Kriterien auf lateinamerikanischer Ebene.
- Stärkung des Süd-Süd Handels.
- Einflussnahme auf staatliche Politik mit dem Ziel der Stärkung der Solidarischen Ökonomie und des gerechten Handels in den lokalen Gemeinden, im Land und der Region, nach den Prinzipien der Gleichheit, Transparenz und Regierbarkeit.
- Stärkung der Netzwerke Solidarischer Ökonomie zur Unterstützung des Interkontinentalen Netzes zur Förderung der Sozialen Solidarischen Ökonomie (RIPESS).

Seit der ersten UNCTAD-Konferenz⁴² 1964 ist „Handel, nicht Hilfe“ die Forderung auch in Bolivien. Seit 1969 wurden dann Dritte Welt Läden in den Niederlanden, Deutschland, der Schweiz, Österreich, Frankreich, Schweden, England und Belgien gegründet. Heute gibt es über 3000 solidarische Läden und die Produkte werden bereits in den normalen anderen Läden vertrieben. Ihre Verbreitung weitet sich nach Einschätzung der Bolivianer schnell aus. Weltweit gibt es 800 Partner – oft Genossenschaften – für gerechten Handel von Bauern, Handwerkern und Arbeitern in 45 Ländern des Südens,

⁴⁰ Superintendencia de Cooperativas

⁴¹ Humberto Marques: a.a.O. <http://ipsnoticias.net/nota.asp?idnews=35770>

⁴² United Nations Conference on Trade und Development, die Debatte über Rohstoffpreise und Marktöffnung wurde so vermieden, aber schon damals in den 60er Jahren gab es Gruppen, die gerechten Handel durchsetzen wollten und in UNCTAD-Läden die Produkte verkauften, die auf Grund der Zölle keinen allgemeinen Zugang zu den hiesigen Märkten hatten.

die zum Teil auch Ketten aufgebaut haben und solidarischen, gerechten Handel mit über 100 Organisationen in über zwanzig europäischen Ländern betreiben. Solidarischer Konsum übt einen weiterreichenden Einfluss aus: über zwei Drittel der befragten Bevölkerung in den Niederlanden, Österreich und England kennen gerechten Handel. Der Anteil der Bürger, die keine ausbeuterischen Strukturen durch ihren Konsum fördern wollen und daher zu gerechtem Handel tendieren, steigt. Man erhofft sich seine Erweiterung in die normalen Läden und ist auch z.T. bereit, mehr für solidarisch gehandelte Produkte zu zahlen. Das Nationale Vermarktungsnetz Boliviens organisiert Märkte gerechten Handels in Partnerschaft mit Organisationen der Produzenten. Dazu gehören das Zentrum der Förderung der Frau, die bolivianische Caritas und „Aymaras sin Fronteras“ (was bedeutet Aymaras ???) in verschiedenen Landesteilen.

Im März 2007 fand ein nationales Treffen für Solidarische Ökonomie und gerechten Handel in Achocalla statt, auf dem sich eine „Multi-Sektor-Plattform für die Förderung und Entwicklung der Solidarischen Ökonomie in Bolivien“ bildete.⁴³ Produzentengruppen, Regierungsvertreter, Vertreter aus sechs bolivianischen Departments, Banken sowie Gäste aus Uruguay, Brasilien und Ecuador waren anwesend. Diese Plattform veröffentlichte kurz darauf einen Vorschlag zum Aufbau der Solidarischen Ökonomie und des gerechten Handels als nachhaltige Alternative gegenüber dem Neoliberalismus. Die Aktionen trugen dazu bei, dass ein Dialog zwischen kleinen Produzenten, Regierung und Banken zum Thema der Solidarischen Ökonomie in Bolivien entstand.

Das wachsende Interesse der Konsumenten an biologischen Produkten frei von Umweltgiften schuf Möglichkeiten für handwerkliche und bäuerliche Ökoprodukte. Die Regierung ist daran interessiert, die organisierten Produzenten und ihre lokalen Ketten zu fördern, um die solidarische Ökonomie zu konsolidieren. Andere wirtschaftliche Aktionen und Kooperationen, die von den Organisationen der Produzenten ausgehen, können über die Verfassungsgebende Versammlung vorgeschlagen werden.

Die Regierung ist bemüht, den Forderungen der Indigenen zu entsprechen, die verlangen, dass spezifische Rechte über die Naturressourcen auf ihren Territorien anerkannt und respektiert werden, so z.B. – dass sie konsultiert werden⁴⁴, dass sie Anteile an den Gewinnen und gerechte Entschädigungen erhalten. Einige Schritte hat Evo Morales' Regierung in dieser Richtung getan. Die Überausbeutung und die Verletzung der Gesetze durch die Transnationalen Unternehmen sollen ab jetzt geahndet werden. Gleichzeitig gibt es noch große Schwierigkeiten in Bezug auf die Anerkennung der indigenen Völker auch in der Verfassungsgebenden Versammlung.⁴⁵

Die Bewegung der SÖ und des gerechten Handels in Bolivien besteht zum einen aus Solidarische Wirtschaftsunternehmen (SWU) (im ganzen Land organisierten Handelsorganisation, den Kaffee und Kakao produzierenden Familien und den Familien die Quinoa produzieren weiterverarbeiten und vermarkten, Handwerkerorganisationen, Zusammenschlüssen von Biobauern, Frauenorganisationen sowie einem Zusammenschluss von Ayllus (den traditionellen Gemeinschaften). Auf der anderen Seite besteht die Bewegung der SÖ aus Einrichtungen zur Unterstützung + Förderung (EUF), wie z.B. der Bolivianischen Caritas, einem Zentren zur Förderung der Frau, sowie Förderzentren für verschiedene Produktionszweige.

⁴³ <http://www.economiasolidaria.org/node/150> /15.2.08)

⁴⁴ consulta vinculante

⁴⁵ Almut Schilling-Vacaflor: Die Neudefinition der Beziehungen zwischen dem bolivianischen Staat und den indigenen Völkern im Rahmen des Wandels der Energiepolitik, in: Lateinamerika Analysen 18, GIGA 3/2007, S. 216.

--

Die bolivianische Bewegung für Solidarische Ökonomie und Gerechten Handel sieht die folgenden Probleme auf ihrem Treffen 2007 als Prioritäten, die zu lösen sind:

- die Nahrungsmittelsicherheit,
- die Qualitätssicherung der Produktion und lokale Kriterienfestlegung (Zertifizierung)
- die Konkurrenz mit Billigwaren aus China und Indien
- Vertretung der SÖ auf der Ebene des Staatsapparates

Ihre wichtigsten zentralen Vorstellungen für die nächsten Schritte sind u.a.:

- Förderung der Organisationsprozesse
- Schaffung und Förderung des solidarischen Marktes
- Zertifizierung mit einer eigenen Einrichtung mit Kriterien der SÖ und des gerechten Handels aus bolivianischer Sicht des nationalen Marktes
- Sensibilisierung der Zivilgesellschaft in Bezug auf die Qualität der Produzenten des Gerechten Handels
- Ausarbeitung von Vorschlägen ausgehend von unserer Realität, um Dialoge mit der Bank und der Regierung zu besseren Einflussbedingungen ausarbeiten zu können
- Schaffung einer Finanzorganisation im Rahmen der SÖ und des gerechten Handels
- Verbesserung der Lebensbedingungen der Produzenten und Konsumenten.
- Ausbildung und Erfahrungsaustausch mit dem Blick auf die gelernten Lektionen
- Politiken, die die SÖ und den gerechten Handel regulieren
- Schaffung einer solidarischen Finanzierungsinstitution, die auf die Produzenten zugeschnitten ist.
- Organisatorische Stärkung, wobei die Kriterien der SÖ und des gerechten Handels respektiert werden
- Entwicklung einer Agenda mit den Ministerien, Präfekturen und Munizipien, Kongresse und mit der Verfassungsgebenden Versammlung, auf der Suche nach der Schaffung einer Instanz der SÖ und des gerechten Handels in den staatlichen Strukturen.
- Konsolidierung, Stärkung der Arbeit und der Beziehung der Handelsorganisation RENACC mit internationalen Netzen, die den gerechten Handel als ökonomische Alternative aufbauen und konsolidieren wollen.
- Soziale Beziehungen auf der Ebene der Sparten und Sektoren.
- Auf Landesebene zwischen der Regierung, Zivilgesellschaft und den privaten Unternehmen
- Aufbau einer Datenbank der Akteure des gerechten Handels.
- Entwicklung der Kommunikation und Verbreitung der SÖ und des gerechten Handels.
- Entwicklung einer Politik der Förderung und Kommerzialisierung im Zusammenhang des gerechten Handels.
- Einfügung der Praktiken der SÖ und des gerechten Handels in staatliche Politik unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft
- Verbreitung und Sensibilisierung in Bezug auf die Praktiken der SÖ und des gerechten Handels

Um diese Vorschläge zügig voran treiben zu können, möchten sie eine staatliche Instanz für die SÖ einrichten, da die in Gemeinschaften organisierten Produzenten in Bolivien sehr hohe Bedeutung haben und eine staatliche Politik erfordern, die sie stärkt und fördert indem sie die geforderte Politik vertritt und umsetzt. Der produktive solidari-

sche Wirtschaftssektor absorbiert viele Arbeitskräfte, erhält bisher jedoch keine direkte Unterstützung. Dies soll anders werden. Das heißt, der handwerkliche Sektor ist von der staatlichen Politik ausgenommen, obwohl er Ressourcen vor Ort verarbeitet und Wertschöpfung realisiert.⁴⁶

Die staatliche Förderung des Binnenmarktes für Produkte der SÖ, könnte für folgendes sorgen:

- Wissenstransfer auf allen Ebenen
- Koordination sozialer Akteure
- Nationale Vertretung vor internationalen Instanzen der SÖ und des gerechten Handels
- Vernetzung des SÖ und des gerechten Handels auf nationaler und internationaler Ebene
- Gesetze für SÖ und gerechten Handel
- Normierung der SÖ und des gerechten Handels
- Umsetzung und in Gangsetzung des gerechten Handels und der SÖ auf nationaler Ebene.

Die Erweiterung des Mandats des Vizeministers für Kleine und Mikrounternehmen, SÖ und gerechten Handel wird vorgeschlagen. Dort solle eine neue Leitung der SÖ und des gerechten Handels eingerichtet werden, dem dann folgendes unterstehen solle:

- Bioproduktion
- Gemeinschaftliche handwerkliche Produktion
- Förderung und Stärkung der Produktionsketten
- Finanzierung
- Kommerzialisierung und Zertifizierung des Gerechten Handels
- Förderung der Produktiven Organisationen
- Gemeinschaftliche Zusammenschlüsse
- Legalisierung
- Label des gerechten Handels

Eine solidarische Finanzstruktur die Mikrokredite und Gemeinschaftsbanken auf lokaler und regionaler Ebene einschließt.

Brasilien

In Brasilien hat der Aufbau der solidarischen Ökonomie von unten nach oben 2003 die Regierungsebene erreicht.⁴⁷ Unter der Regierung von Ignacio Lula da Silva wurde das Nationale Sekretariat für Solidarische Ökonomie im Ministerium für Arbeit und Beschäftigung gegründet. Eine Kartierung solidarischer Ökonomie wurde im ganzen Land durchgeführt, um eine Basis für staatliche Politik gegenüber der SÖ zu schaffen und um

⁴⁶ Dies ist der heutigen Praxis, bei der Rohstoffe ohne vorherige Weiterverarbeitung exportiert werden und als Produkte mit dem doppelten oder dreifachen Wert zurückkommen.

⁴⁷ Paul Singer: SENAES – Eine brasilianische Erfahrung der Politik Solidarischer Ökonomie, in: Sven Giegold und Dagmar Embshoff (Hrsg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. In Kooperation mit der Bewegungsakademie und der »tageszeitung«, Hamburg 2008.

Sylvia Leser de Mello: Historisch theoretischer Rückblick auf die Wurzeln der Solidarischen Ökonomie in Lateinamerika, Organisation und Bündnisse, in: C. Müller-Plantenberg, W. Nitsch, I. Schlosser (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa, Entwicklungsperspektiven 83/84, Kassel 2005 ; Sonia Kruppa: Volkskooperativen – eine neue Perspektive für die Universität, in: C. Müller-Plantenberg, W. Nitsch, I. Schlosser (Hrsg.)a.a.O.; Jacqueline Bernardi: Für wen und für was arbeiten wir? ANTEAG- Associação Nacional dos Trabalhadores em Empresas de Autogestão (Nationale Vereinigung der Arbeiter in selbstverwalteten Betrieben), in: in: C. Müller-Plantenberg, W. Nitsch, I. Schlosser (Hrsg.):a.a.O.; C. Müller-Plantenberg: Solidarische Ökonomie in Brasilien, in: Elmar Altwater und Nicola Sekler (Hrsg.): Solidarische Ökonomie, Hamburg 2006.

--

die Solidarische Ökonomie sichtbar zu machen. Auf dieser Basis wurde ein Nationales Informationssystem Solidarische Ökonomie (SIES) eingerichtet. 22.000 Solidarische Wirtschaftsunternehmen mit ca. zwei Mio. Menschen wurden im ganzen Land erhoben, vor allem Kleinbauern, Fischer, Handwerker aber auch Waldbewirtschaftung, Bergbau, kleine und mittlere Industrieunternehmen, Recyclingwirtschaft, Handel und Kreditgenossenschaften⁴⁸

Die Bewegung der SÖ in Brasilien besteht zum einen aus Solidarischen Wirtschaftsunternehmen (SWU), das sind unter anderem Mikrokreditorganisationen und der Zentralen Genossenschaft für Kredit und Solidarische Ökonomie (ABICRED, Ecosol), Zusammenschlüsse von selbstverwalteten Betrieben, die aus Insolvenzen hervorgingen (ANTEAG, UNISOL), ländliche Genossenschaften familiärer Landwirtschaft etc. und zum anderen aus Einrichtungen zur Unterstützung, Beratung und Förderung, wie kirchlichen Institutionen (brasilianische Caritas), einem Netz von Inkubatoren der Volksgenossenschaften (ITCP) an den Universitäten (INCUBES und Unitrabalho), FASE (Einem Zusammenschluss von Organisationen für soziale und Bildungsunterstützung), IBASE dem Brasilianischen Institut für Sozioökonomische Analyse, PACS dem Institut für Alternativen Politiken des Südlichen Kegels Lateinamerikas u.a..

Das Nationale Forum für SÖ erarbeitete gemeinsame Prinzipien (1. Selbstverwaltung, 2. Demokratie, 3. Kooperation, 4. Mensch im Mittelpunkt, 5. Wertschätzung der Verschiedenartigkeit, 6. Emanzipation, 7. Wertschätzung von Wissen, Kultur und „tecnologia popular“, 8. Permanente Weiterbildung, 9. Soziale Gerechtigkeit bezüglich Produktion und Verteilung, 10. Verantwortung für Umwelt und zukünftige Generationen) auf denen die Bewegung der Solidarischen Ökonomie Foren in allen Bundesstaaten aufbaute: Die zentralen Achsen der Arbeit des Forums sind⁴⁹ 1) Demokratisierung des Wissens und Technologie; 2) Produktionsnetze, Kommerzialisierung und Konsum; 3) Solidarische Finanzen; 4) Legalen Rahmen; 5) Ausbildung; 6) Kommunikation)

Das Nationale Sekretariat für SÖ am Ministerium für Arbeit und Beschäftigung (SENAES), unter der Leitung des Ökonomen und Soziologen Paul Singer⁵⁰ definierte seine Aufgaben in Kooperation mit dem Nationalen Forum für Solidarische Ökonomie und etablierte von Anbeginn an eine interministerielle Zusammenarbeit zwischen dem eigenen Ministerium und den Ministern für Soziale Entwicklung, Gesundheit und Agarentwicklung.

Die Bildung des Nationalen Rates für SÖ wurde bereits 2003 zusammen mit der Gründung von SENAES beschlossen. Dieser trat jedoch erst 2006 in dreierparitätischer Besetzung von Solidarischen Wirtschaftsunternehmen (SWU), sozialen Bewegungen und Regierungsvertretern in Kraft.

Zuvor hatten Vertreterinnen und Vertreter der bundesstaatlichen und des nationalen Forums auf einem Kongress die zentralen Politiken für die SÖ ausgearbeitet, die dann von dem Nationalen Rat umgesetzt wurden: die Stärkung der Selbstverwaltung solidarischer Betriebe und finanzielle Instrumente, die an die Situation der SWU angepasst seien.

⁴⁸ http://www.proex.uel.br/intes/arquivos_atlas/Atlas_Econ_Solid_Final_1.pdf

⁴⁹ http://www.fbes.org.br/docs/Movimiento_Brasileno_Economia_Solidaria.pdf (20.2.08)

⁵⁰ der zuvor Planungssenator von Sao Paulo gewesen war und im übrigen eine Professur an der Universidad de Sao Paulo innehatte

Die Erfahrungen zeigen ein starkes Wachstum der SÖ und eine Professionalisierung durch Kooperation in Ausbildung, Finanzierung und Technologiefragen sowie bei der Nutzung von freier Software. Bemerkenswert ist auch das Anwachsen der Unterstützung durch die Caritas, durch Universitäten und ihre Netzwerke sowie durch Gewerkschaften.

Die Beispiele im Ganzen Land weisen darauf hin, dass sich Kooperationsnetze und Ketten bilden, die ganze Regionen neu beleben können und Forderungen ausarbeiten, die an die staatliche Vertretung vor Ort, in Region und Bundesstaat herangetragen werden. Ein aufsehenerregendes Beispiel ist die Zuckerfabrik Catende, die 1993 ihre 2.300 Arbeiter entließ. Seither hat dort die Gründung selbstverwalteter Betriebe durch die ehemalige Belegschaft eingesetzt. Ein regionales Genossenschaftskonsortium wurde gegründet. Dieser Prozess ist durch Diversifizierung der Anbaukulturen und übrigen Tätigkeiten: Maniok, Obstbau, Mais, Kartoffeln, Rinderweidewirtschaft etc. gekennzeichnet. Agroökologische Märkte werden gebildet, Maschinenringe entstehen nach der Besetzung und späteren Bewirtschaftung von brach liegendem Großgrundbesitz und seiner Enteignung. Die Landlosenbewegung spricht von einer Skala der Solidarität, die mit der Zeit eine zunehmende Intensität gewinnen kann. Agrargenossenschaften kooperieren mit Genossenschaften, die ihre Produkte weiterverarbeiten und bilden solidarische Ketten: vgl. z.B. Justa Trama in Brasilien (Baumwolle zu Kleidung). Genossenschaftlicher Bergbau z.B. Cooperminas ist das Ergebnis der Betriebsübernahme der Belegschaft von einer Mine, die stillgelegt werden sollte. Zunehmend finden auch existierende solidarische Ökonomien der indigenen Völker, so z.B. die Tikuna im Bundesstaat Amazonas, Unterstützung durch das Programm der solidarischen Vertreter (agentes solidarios), die die Gründung und Konsolidierung von solidarischen Wirtschaftsbetrieben bei den indigenen Völkern vorantreiben.

Wie werden jene, die der globalisierte Kapitalismus ausgegrenzt, zu Subjekten einer alternativen Entwicklungsstrategie?

Was sind die Lehrstücke, die wir aus den Erfahrungen der Solidarischen Ökonomie Bewegung seit der Beschleunigung neoliberaler Globalisierung ziehen können?

1. Die Subjekte der alternativen Entwicklungsstrategie entstehen durch den Aufbau solidarischer Ökonomie vor Ort, von unten nach oben. Paul Singer schreibt:

"Solidarische Ökonomie entsteht als eine Produktions- und Distributionsweise, alternativ zum Kapitalismus. Sie wird periodisch von jenen neu und wiedererschaffen, die sich vom Arbeitsmarkt marginalisiert sehen (und fürchten das zu bleiben). Der Vorschlag der Solidarischen Ökonomie entsteht nicht über eine theoretische Formulierung von Intellektuellen in der Universität sondern über eine alternative Praxis von Arbeitern, die im Laufe der Geschichte in verschiedenen Ländern nach Alternativen suchten angesichts der Ungleichheit und der Marginalisierung, die durch den Wettbewerb und die Abhängigkeitsbeziehungen, die für den Kapitalismus charakteristisch sind, produziert wurden."

2. „In zwei Ländern wurden Ministerien für Solidarische Ökonomie eingerichtet (Brasilien und Venezuela), als Antwort auf die Initiativen, die aus sozialen Bewegungen kommen. In Brasilien existiert das Nationale Sekretariat für Solidarische Ökonomie im Ministerium für Arbeit und Beschäftigung und in Venezuela gibt es das Ministerium der Volksökonomie. Beide führen die Initiativen und Forderungen von Volksorganisationen,

--

Gewerkschaften, Genossenschaften zusammen. Sie nehmen die verschiedenen Formen wahr, in den sich Solidarische Ökonomie ausdrückt, die zwar die Genossenschaften einschließt, aber über sie hinausgeht. Beide unterscheiden sich durch die Haushaltsmittel, die ihnen zur Verfügung stehen, obwohl die staatliche Politik Solidarischer Ökonomie in Brasilien von mehreren Ministerien ausgeführt wird (Soziale Entwicklung, Arbeit, Agrarentwicklung, Gesundheit).⁵¹

3. „Es geht um staatliche Politik Solidarischer Ökonomie und nicht nur um Regierungspolitik und noch weniger um ergänzende oder assistentialistische politische Maßnahmen. Das heißt es geht um staatliche Politiken, die dazu beitragen, dass die sozialen und emanzipierten Subjekte den Klientelismus überwinden. Diese staatlichen Politiken, die die Verbreiterung und Entwicklung der Solidarischen Ökonomie begünstigen, sind ... Politiken, die die Entwicklung von den lokalen Räumen her fördern. Sie gehen von der Wertschätzung der Fähigkeiten der Personen, der Familien, der Gemeinschaften, der Territorien aus.“⁵²

4. „Die Staaten fördern die Solidarische Ökonomie mit der ihr eigenen Logik, die von der zentralen Rolle der menschlichen Person, von der Priorität der Arbeit und Kooperation, von den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten der Personen, ihrer Familien und der Gemeinschaften ausgeht.“⁵³

5. „Die staatlichen Politiken müssen als Querschnittsaufgaben wahrgenommen werden, da die Solidarische Volksökonomie die Gesamtheit der Lebensdimensionen einschließt. Daher also die Bedeutung der Interaktion mit allen staatlichen Bereichen, wobei die Priorität der Bereiche Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnung und natürlich Wirtschaftspolitik (Wirtschafts- und Finanzministerium) nicht vergessen werden darf.“⁵⁴

6. „Es gibt Erfahrungen mit dezentraler staatlicher Politik zugunsten der Entwicklung Solidarischer Ökonomie, so zum Beispiel auf der kommunalen Ebene. Aber das setzt eine Mobilisierung von den lokalen Gemeinschaften voraus. Von daher ist es so wichtig, in Netzwerken zu arbeiten.“⁵⁵

7. Die Regierungen von Ecuador und Bolivien, also der Länder mit hohem Anteil an Indigenen sind explizit daran interessiert, die indigenen Rechte in Bezug die Bewirtschaftung ihrer Ressourcen auf den indigenen Territorien gegenüber den mächtigen Interessen an Rohstoffausbeutung multinationaler Konzerne zu stärken.

8. Indigene und Natur – Es fällt auf, dass gerade die Regierungen der Länder mit hohem Anteil von Indigenen an der Gesamtbevölkerung, Bolivien und Ecuador, die Bedeutung des Erhalts der Natur als wesentlichen Teil der solidarischen Ökonomie betonen. Erhalt ihres Naturbezuges bedeutet für sie die Öffnung des Weges in die Zukunft.

⁵¹Altagracia Villarreal: Las redes latinoamericanas de economía solidaria y políticas públicas, in: CHRISTUS, No. 759 Marzo-abril 2007; la autora es representante de la Coalición Rural México, A.C. (organización binacional México-EU) y participante en el Consejo Mexicano de Empresas de la Economía Solidaria, A.C. http://vinculando.org/economia_solidaria/redes_latinoamericanas_de_economia_solidaria_y_politicas_publicas.html

⁵² Altagracia Villarreal: Las redes latinoamericanas de economía solidaria y políticas públicas.a.O.

⁵³ Altagracia Villarreal: Las redes latinoamericanas de economía solidaria y políticas públicas.a.O.

⁵⁴ Altagracia Villarreal: Las redes latinoamericanas de economía solidaria y políticas públicas.a.O.

⁵⁵ Altagracia Villarreal: Las redes latinoamericanas de economía solidaria y políticas públicas.a.O.

9. Im Rahmen der Solidarischen Ökonomie wird es notwendig sein, Indikatoren für Entwicklung zu wählen, die sich nicht auf die Kalkulation des Bruttoinlandsproduktes beschränken, da es Tätigkeiten mit erstaunlichen Resultaten gibt, die einen geringen Geldwert besitzen. Ein Beispiel dafür ist die Kinderpastorale mit 300 000 Mitarbeitern in Brasilien, die die Kindersterblichkeit mit nur 78 Cent eines Dollar pro Monat pro Kind erheblich gesenkt hat. In den letzten Jahren ist die verbesserte Qualität des brasilianischen Wirtschaftswachstums auf den Mikrokredit und auf die Erhöhung des Mindestlohnes zurückzuführen, was mehreren zehnten Millionen Arbeitern und Rentnern, den massiven Sozialprogrammen und der Ausweitung der formalen Beschäftigung zugute gekommen ist, die die Dynamik der Wirtschaft in Gang gesetzt hat.⁵⁶

10. "Die 'Utopie' der Aktivisten ist darauf gerichtet, dass die Solidarische Ökonomie in der Zukunft eine bestimmende Rolle im wirtschaftlichen und sozialen Leben spielt. Eines der Hauptziele ist es, den Menschen als Subjekt und Ziel der wirtschaftlichen Tätigkeit zu sehen anstelle der privaten Akkumulation."

"Für das Forum, das aus Nichtregierungsorganisationen, Universitätsangehörigen, Angestellten im öffentlichen Sektor und sozialen Bewegungen besteht, ist es (die Solidarische Ökonomie) eine Alternative dazu, wie die kapitalistische Produktionsweise die sozialen Beziehungen organisiert.' Die solidarischen Initiativen in Brasilien haben, mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit begonnen' aber sie haben, das Weltbild der Arbeiter verändert, die zunächst nur einen Lohn wollten und jetzt eine bessere Lebensqualität schätzen, mit mehr Sicherheit und Kontrolle in der Zukunft.' Aber es handelt sich um einen begrenzten Bereich, der als eine von vielen Alternativen mit einem weiten Blick auf eine 'produktive Inklusion' in einem Land, gesehen werden muss, in dem fast die Hälfte der Bevölkerung vom System 'exkludiert' (ausgeschlossen) ist. Und diese Ausgeschlossenen sind keine uninformierten Personen' sondern Leute, die sich der Situation bewusst sind, die es erfordert, Druck auszuüben'."⁵⁷

Abschließend geht es um die Frage wie sie Platz greifen kann?

Hier können wir einige Methoden, Akteure, Aktionen und Institutionalisierungsprozesse kennenlernen. Als Beispiel sei hier nur die Kartierung Solidarischer Wirtschaftsunternehmen und ihrer Unterstützer und die Inkubation von Gemeinschaftsunternehmen über eine befreiende Bildung genannt. Universitäten, Kirchen und Gewerkschaften sind sehr wichtige gesellschaftliche Akteure, die den Aufbau der Solidarischen Ökonomie betreiben. Selbstverwaltung in solidarischer Kooperation nach innen und außen sind Vorbedingungen für eine langfristige Konsolidierung. Diese kann über Institutionalisierung von Kommunikation und Information z.B. in regionalen Foren erreicht werden. In Europa und Lateinamerika gibt es eine Vielzahl von Beispielen, die Mut machen, den eigenen Weg nach diesen Prinzipien aufzubauen.

Bibliographie:

- Cavallaro, Marlies (1989): Italien, Legge Marcora vom Februar 1985, Kurze Darstellung des italienischen Gesetzes, Nr. 49, in: *Contraste*
- Dotti, Johnny, Präsident des Consorzio Gino Mattarelli (2005): Vortrag, Brescia.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: (1989) Die Unternehmen der *Economie Sociale* und die Schaffung des europäischen Marktes ohne Grenzen. Mitteilung der Kommission an den Rat. Brüssel.

⁵⁶ zitiert nach Mario Osava: *DESARROLLO-BRASIL: Economía solidaria contra el desempleo*,

⁵⁷ Zitiert nach Mario Osava: *DESARROLLO-BRASIL: Economía solidaria contra el desempleo*

-
- Finelli, Antonio (2005): Vortrag zur Legacoop, Modena.
- Galeotti, Paolo, Stefania Checchelani (2007): Das Konsortium SOL.CO Mantua, in: C. Müller-Plantenberg (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Europa, Entwicklungsperspektiven 85/86, Kassel.
- Gallina, Piero (2007): Forli-Cesena: Werte und Wert des genossenschaftlichen Modells, in: C. Müller-Plantenberg (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Europa, Entwicklungsperspektiven 85/86, Kassel.
- Haensch, Dietrich (1997): Sozialgenossenschaften in Italien: Più occupazione con la cooperazione – mehr Arbeit durch Kooperation, in: *Contraste Juli/August*.
- Müller-Plantenberg, Clarita (Hrsg.)(2007): Solidarische Ökonomie in Europa, Entwicklungsperspektiven 85/86, Kassel.
- Müller-Plantenberg (2005), Clarita, Wolfgang Nitsch, Irmtraud Schlosser (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in:
 Brasilien und Europa, Entwicklungsperspektiven, Kassel.
- Müller-Plantenberg, Clarita (2005): Solidarische Ökonomie als gesellschaftliche Antwort auf neoliberale Globalisierung, EKKW, Kassel 2005.
- Müller-Plantenberg, Clarita (2004): Solidarische Ökonomie in Zeiten von Neoliberalismus und Staatsabbau:
 Von Brasilien lernen – universitäre und gewerkschaftliche Beispiele; Trialog.
- Müller-Plantenberg, Clarita (2003): Universitäre Zusammenarbeit mit Solidarischer Ökonomie in Brasilien, in:
 Kritische Interventionen, Offizin Verlag, Hannover.
- Randow, Matthias von (1998): Genossenschaftsförderung in Italien – ein Beispiel für Auswege aus der wirtschaftspolitischen Erstarrung, TAK-AÖ-Rundbrief Nr. 82, www.leibi.de.
- Randow, Matthias von (): Die Geschichte des Genossenschaftswesens, Das Genossenschaftswesen in Italien im 19. Jahrhundert zwischen Krise und Entwicklung,
- Reynaert, Els (2007): Bausteine für den Aufbau einer Anderen Ökonomie in Rom und Italien, in: C. Müller-Plantenberg (Hrsg.): Solidarische Ökonomie in Europa, Entwicklungsperspektiven 85/86, Kassel.
- Rohrmoser, Anton (2005): Gemeinwesenarbeit und eigenständige Regionalentwicklung, Österreichisches Institut für Erwachsenenbildung/ TU-Wien, Materialien zur Ringvorlesung „Lernende Regionen“, Wien.
- Roelants, Bruno (2007): Das Marcora Gesetz, in: Dagmar Embshoff/ Sven Giegold (Hrsg.): Solidarische Ökonomie im Globalisierten Kapitalismus, Kongressband zum gleichnamigen Kongress, (erscheint demnächst) VSA
- Stenzel, Alexandra (2007): Solidarische Ökonomie in Italien, Kassel (Diplomarbeit).
- Whyte, William und Kathleen Whyte (1988): Cornell University Press.
- Ziegler, Jean (2007): Unser Planet hat eine neue Zivilgesellschaft, Wortlaut der Rede von Jean Ziegler, dem UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, zur Eröffnung des Anti-G-8-Gipfels in Rostock
- <http://www.cajalaboral.es>
- <http://www.gesellschaft-und-visionen.de/Global.htm>
- <http://www.mcc.es>
- http://www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/sel/Tagung_Oktober_2007/index.htm